Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 241. Montag, den 14. Oktober 1918. 25. Jahrg.

Deutschlands Antwort an Wilson.

Nunmehr ist die Antwortnote Deutschlands an Wilson heraus; sie hat folgenden Wortlaut:

WTB. Berlin, 12. Oktober. (Amtlich.)

In der Beantwortung der Fragen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt die Deutsche Regierung:

Die Deutsche Regierung hat die Sätze angenommen, die Präsident Wilson in seiner Ansprache vom 8 Januar und in seinen späteren Ansprachen als Grundlage eines dauernden Rechtsfriedens niedergelegt hat. Der Zweck der einzuleitenden Besprechungen wäre also lediglich der, sich über praktische Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen.

Die Deutsche Regierung nimmt an, daß auch die Regierungen der mit den Vereinigten Staaten verbundenen Mächte sich auf den Boden der Kundgebungen des Präsidenten Wilson stellen.

Die Deutsche Regierung erklärt im Einvernehmen mit der österreichisch-ungarischen Regierung zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes den Räumungsvorschlägen des Präsidenten zu entsprechen. Sie stellt dem Präsidenten anheim, den Zusammentritt einer gemischten Kommission zu veranlassen, der es obliegen würde, die zur Räumung erforderliche Vereinbarung zu treffen.

Die jetzige Deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages. In jeder seiner Handlungen gestützt auf den Willen dieser Mehrheit spricht der Reichskanzler im Namen der Deutschen Regierung und des Deutschen Volkes.

Berlin, den 12. Oktober 1918.

gez. Solf,
Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Diese Antwort war vorauszusehen; sie konnte nach der ganzen Sachlage gar nicht anders ausfallen. Und die Regierung kann sicher sein, daß sie hier die überwältigende Mehrheit des Volkes hinter sich hat. Das Volk hat, trotzdem man es jahrelang hintergangen hat, eingesehen, daß dieser Schritt im Interesse Deutschlands liegt und deshalb billigt es ihn. Es kümmert sich nicht um jene Schreier, die am Freitag in Berlin in einem kleinen Häuschen am Hindenburg-Denkmal zusammenkamen und dort gegen die Regierung demonstrierten. Diese Burschen nimmt ja ein vernünftiger Mensch nicht mehr ernst.

Daß die erste und dritte der Fragen Wilsons eine befriedigende Antwort finden mußten, war selbstverständlich. Hätte sich die Regierung auf waghalsige Definitionen des Begriffs einer Verhandlungsgrundlage eingelassen, so hätte die Welt mit Recht gesagt, die deutsche Politik habe ihren alten Charakter der Zweideutigkeit nicht aufgegeben. Was die dritte Frage betrifft, so bedurfte es gleichfalls zu ihrer Beantwortung nur der vollsten Klarheit und Aufrichtigkeit. Die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes, vertreten durch die ungeheuere Mehrheit des Reichstages, hat den Friedensschritt der Regierung gebilligt und wünscht ihm so rasch wie möglich vollen Erfolg. Auch die früher ausschlaggebenden Faktoren haben seine Notwendigkeit erkannt, sogar noch eher, als die breiten Volksmassen sie begriffen, weil ihnen zu einer klaren Beurteilung der Sachlage ganz andere Mittel restloser Aufklärung zur Verfügung standen. Die Richtung, die jetzt in vollständiger Verblendung sich berufen glaubt, die Rolle eines York zu übernehmen, ist einflußlos.

Nur die zweite Frage Wilsons, die militärische, bedurfte noch der Klärung. In ihrem Wortlaut scheint sie darauf hinauszulaufen, daß Deutschland noch vor Eintritt eines Waffenstillstandes die besetzten Gebiete räumen solle, ihr Sinn kann aber nur der sein, daß Deutschland vor dem Waffenstillstand die Räumung zusagen und sie mit seinem Eintritt beginnen soll. Die freiwillige Räumung vor dem Waffenstillstand ist ein Widerspruch in sich selbst, sie bedeutet den Verzicht auf Gegenwehr gegen die fortdauernde feindliche Einwirkung, also etwas ganz Unmögliches.

Da Deutschland von den besetzten Gebieten nichts behalten will, ist die Räumung nur eine Frage der Zeitpunkte und der näheren Umstände, unter denen sie sich vollziehen soll. Daß die Gegner mit Deutschland nicht verhandeln wollen, solange deutsche Truppen als Feinde in ihrem Lande stehen, ist menschlich durchaus nicht unbegreiflich. Man denke doch den Fall umgekehrt. Die Russen hätten nach deutschen Waffenerfolgen in Ostpreußen, aber vor Räumung des von ihnen besetzten Gebietes Friedensverhandlungen angeboten, hätte nicht auch Deutschland die Forderung der vorherigen Räumung erhoben? Wer, in feindlichem Lande stehend, den Frieden diktieren kann und dies tut, handelt vielleicht politisch unklug, aber doch konsequent. Wer auf feindlichem Boden steht, ohne als Sieger den Frieden diktieren zu wollen oder zu können, muß den Wunsch der Gegner, frei von dem Druck feindlicher Besatzung zu verhandeln, verstehen und ihm Rechnung zu tragen bereit sein.

Will man die Frage vom Standpunkt der Ehre aus betrachten, so darf man nicht übersehen, daß die Sache ihre zwei Seiten und daß auch der Gegner seine Ehre hat. Wäre es „Schmach", besetzte Gebiete freiwillig zu verlassen, so darf der Gegner die Zumutung, unter der Drohung feindlicher Waffen Friedensgespräche zu führen, mit noch größerem Recht als eine Schmach für sich betrachten. Bleibt aber nur die Frage der Zweckmäßigkeit, das heißt die Frage, ob nicht die durch die Räumung bewirkte Verschiebung der militärischen Situation die Möglichkeiten, gegen die Machtwillkür des Gegners nach etwaiger Wiederaufnahme der Feindseligkeiten Widerstand zu leisten, verschlechtern würde. Hier beginnt das eigentlich militärische Gebiet, auf dem nur nach Anhörung der Fachmänner Entscheidungen getroffen werden können. Diese Entscheidungen sind erfolgt, was auch auf das fachmännische Urteil berechtigte Rückschlüsse zuläßt. Deutschland wird sich in der Absicht an den Verhandlungstisch setzen, die Notwendigkeit neuer militärischer Entscheidungen für jetzt und alle Zeit auszuschalten. Würde aber die „unparteiische Gerechtigkeit" Wilsons einem ungezähmten Vernichtungsdrang der Gegner den Platz räumen müssen, so wäre Deutschland, auch nach der Räumung nicht wehrlos.

Indes spricht die weitaus größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß weitere militärische Entscheidungen nicht mehr in Betracht kommen werden, wenn man sich einmal an den Verhandlungstisch gesetzt hat. Eine Konferenz, die zu dem erklärten Zweck zusammentritt, den Krieg zwischen zivilisierten Völkern ein für allemal unmöglich zu machen, kann ihr Werk nicht damit beginnen, daß sie den Krieg wieder aufleben läßt! Bleibt die Sozialdemokratie in der Regierung, so wird ihre Stellung bei den künftigen Friedensverhandlungen auf deutscher Seite stark sein. Man wird sie dort als das wiederfinden, als was man sie vor dem Kriege in der ganzen Welt gekannt hat, als die Anhängerin einer internationalen Weltorganisation, einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit in allen Streitfragen und der vollen Demokratie im Innern.

Komplikationen.

Wir lesen im gestrigen „Vorwärts":

Die gestrigen 8-Uhr-Abendblätter beschäftigen sich mit gewissen Komplikationen, die durch die Veröffentlichung eines Briefes des Prinzen Max an seinen Vetter, den Fürsten Alexander von Hohenlohe, in der Ententepresse entstanden sind. Es wird dort angedeutet, daß das Bekanntwerden dieses Briefes, der mit öffentlichen Erklärungen im Widerspruch zu stehen scheine, das Verbleiben des leitenden Staatsmannes in seiner Stellung in Frage gestellt habe. In Kreisen der Mehrheitsparteien, namentlich auf „ganz links gerichteter Seite" bestehe „nicht ohne weiteres die Neigung, über jenen Brief des jetzigen Kanzlers den Mantel des Vergessens zu breiten."

Wir werden über diese noch schwebende Angelegenheit ausführlich berichten, sobald sie abgeschlossen ist, d. h. voraussichtlich schon morgen. Für heute sei nur soviel gesagt: Die deutsche Regierung, die berufen ist, Frieden zu schließen, muß so dastehen, daß an ihrer „Aufrichtigkeit und Geradsinnigkeit", um Wilsons Ausdrücke zu gebrauchen, kein Zweifel bestehen kann. Darüber herrscht in allen beteiligten Kreisen volle Uebereinstimmung sowie auch darüber, daß hinter den ungeheueren sachlichen Interessen, die auf dem Spiele stehen, alles Persönliche zurücktreten muß. Ueber die Folgerungen, die aus diesem unumstößlichen Grundsatz zu ziehen sind, schweben, wie gesagt, in diesem Augenblicke noch ernste Beratungen.

Soweit der „Vorwärts". Das „Berl. Tagebl." weiß über die Angelegenheit folgendes zu berichten:

„Der Prinz Max von Baden hat im Januar 1918 an den Prinzen Alexander v. Hohenlohe, dessen pazifistische Ansichten bekannt sind, und der in einem Schweizer Hotel lebt, einen Brief geschrieben, der von einem Agenten der Entente dort entwendet und jetzt, nach der Reichstagsrede des neuen Kanzlers, durch ein Reuter-Telegramm vom 8. Oktober der nichtdeutschen Presse übermittelt worden ist. In diesem Briefe hat Prinz Max von Baden sowohl über die Parlementarisierung, wie über die Kriegsziele und die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit Ideen entwickelt, die in einem unbestreitbaren Gegensatz zu den jetzt von ihm vorgetragenen Ideen stehen. Er beklagt sich über das Lob, das ihm infolge seiner Karlsruher Rede von Blättern der Linken gespendet werde, und sagt, er habe deutlich genug die demokratische Parole und die Formel des Parlamentarismus abgelehnt. Er fordert eine möglichst **gründliche politische Ausnutzung der militärischen Erfolge und will nicht, daß noch mehr über Belgien gesagt werde**, als bereits gesagt worden sei. Dieser Brief ist sicherlich kein sehr erfreuliches Dokument. Und daß er nun gerade wieder entwendet wurde ist eine jener peinlichen Schicksalsfügungen, unter denen man dort, wo es an Vorsicht und Klugheit mangelt, chronisch zu leiden pflegt. Wer nicht zu den Gegnern der heutigen Regierung und der Volkspolitik gehört, ist von dem plötzlichen Erscheinen eines solchen Bekenntnisses natürlich unfroh berührt. Der Prinz Max von Baden hat sich mit den Führern der Mehrheitsparteien in Verbindung gesetzt, und er hat ihnen in einer längeren Erklärung den Ursprung des Briefes, den ganzen Hergang der Angelegenheit und die Entwickelung seiner politischen Anschauungen dargelegt. Den meisten oder allen „bürgerlichen" Parlamentariern hat seine Darlegung genügt, oder sie sind doch von dem Wunsche, eine neue Kanzlerkrisis zu vermeiden beseelt. Die Sozialdemokraten zögern und schwanken noch und nehmen bisher eine ziemlich abweisende Haltung ein. Man hat gesagt, sie würden aus der Regierung ausscheiden, wenn der Prinz Reichskanzler bliebe, und begehrten, den Prinzen Max von Baden durch Herrn von Payer ersetzt zu sehen. Der Prinz ist ohne weiteres bereit zurückzutreten, wenn eine große Mehrheitspartei wie die sozialdemokratische, auf solchem Willen besteht.

Wie aus der obigen Mitteilung des „Vorwärts" hervorgeht, dürfte die Entscheidung gestern bereits gefallen sein.

Wir sind allerdings auch der Meinung, daß der Prinz sofort zu gehen hat, wenn die Gefahr besteht, daß durch das Bekanntwerden dieser Angelegenheit die schleunige Herbeiführung des Friedens gefährdet wird. Ist das nicht der Fall, dann mag man sich **noch so lange mit dem Prinzen behelfen, bis wenigstens die Waffen schweigen. Denn das das möglichst bald geschehe, das ist zunächst die größte Hauptsache.** Ein Kanzlerwechsel könnte aber gerade jetzt vielleicht störend in die Verhandlungen zwischen Deutschland und Amerika eingreifen.

Im übrigen: Wir Deutsche haben doch recht häufig ein furchtbares Pech mit unseren leitenden Staatsmännern!

Wirkungen im Osten.

Die militärischen Ereignisse im Westen beginnen sich erst langsam auszuwirken. Ihre erste Wirkung war die Buriannote, die unbeantwortet blieb, die zweite war die weltgeschichtliche Friedensnote vom 5. Oktober, mit der die Mittelmächte die Bedingungen Wilsons annahmen. Damit ist die Entente auch von den Mittelmächten, wenn auch nicht als der vollständig siegreiche aber doch als der weit stärkere seinen Vorteil stets erweiternde Teil anerkannt. Damit hat eine Umwandlung der ganzen Welt östlich der Westfront eingesetzt.

Deutschland hat einen entscheidenden Schritt in der Richtung zur Demokratie getan und weiß, daß es fortan nur noch als ein demokratisches Staatswesen leben kann. In Oesterreich vollzieht sich, bisher unblutig, gleichfalls eine Revolution. Die große Auseinandersetzung der Nationalitäten hat begonnen. Keine will mehr den Staat, so wie er ist, anerkennen. Oesterreich-Ungarn ist gewesen. Natürlich wird sich an seiner Stelle etwas anderes erheben, aber wenn es auch den alten Namen behielte und wenn auch die alte Kaiserkrone als Ornament darüber schwebte, so wird es doch etwas ganz anderes sein. Es ist, wie wenn im Herbst die Samen in gemeinsamer Kapsel reifen: sie wachsen, pressen einander, schließlich aber wird die Hülle gesprengt. Die Völker Oesterreichs konstituierten sich auf der Basis der nationalen Autonomie neu und wollen über ihr künftiges Nebeneinanderleben miteinander verhandeln. Ungarn will sich dieser Zersetzung entziehen, von der magyarischen Vorherrschaft retten, was noch zu retten ist, und will sich zu diesem Zweck von Oesterreich trennen. Nur die Personalunion soll bleiben, d. h., das Oberhaupt der Familie Habsburg soll neben dem Titel Kaiser von Oesterreich auch den eines Königs von Ungarn führen dürfen, der Kaiser von Oesterreich nennt sich außerdem auch noch König von Jerusalem. Es ist unwahrscheinlich, daß er in einem viel anderen Sinne Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn sein wird. Um Titel und gesellschaftlichen Rang wird kaum gestritten werden, der Name Monarchie, d. h. Herrschaft des Einen, wird nur noch ein historischer Begriff sein.

Auf dem Balkan und in Kleinasien sind die militärischen Ereignisse denen an der Westfront schon vorausgeeilt.

Südlich der Donau bis zum persischen Golf ist für die Mittelmächte kaum noch etwas zu halten. Daß Bulgarien des Zaren Boris ist in der Hand der Entente, Sofia von den Franzosen besetzt. Die Türkei hat mit einem jähen Regierungswechsel die politischen Folgerungen aus diesem Ereignis gezogen, und es ist kaum mehr als eine tröstende Redensart, wenn versichert wird, daß der Kurs der alte bleibt. Ueber die Neugestaltung der Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel und in Klein-Asien wird auf der allgemeinen Friedenskonferenz entschieden werden, wobei die Tatsache der militärischen Vorherrschaft der Entente in jenen Ländern zur Geltung kommen wird. Der Traum von Hamburg bis Bagdad oder gar von Antwerpen bis Indien ist ausgeträumt.

Von den Vorgängen auf dem Gebiet des ehemaligen Zarenreichs erfahren wir nur wenig. Wir wissen in der Hauptsache nur, daß in Polen eine vollständige Umwandlung vor sich gegangen ist, und daß man dort nicht mehr mit austropolnischen oder deutsch-polnischen Lösungen rechnet, sondern mit einem selbständigen Polen nach Wilsons 13. Punkt, das alle Gebiete von unzweifelhaft polnischer Bevölkerung umfassen soll.

Daß in Finnland der Herzog Friedrich Karl zum König gewählt worden ist, wirkt in dieser traurigen Zeit wie ein schlechter Witz. Der neue König soll sich nur beeilen, den neuen Thron zu besteigen, den er mit dem Aufhören der deutschen Okkupation doch wieder verlassen muß. Aber er soll den nächsten Eilzug benützen, sonst kommt er doch zu spät.

In allen Ländern des Ostens, in denen jetzt deutsche Generäle als Sieger die Herrschaft üben, weiß man, daß Deutschland selbst von seiner Absicht, die Verhältnisse im Osten durch einseitiges Machtgebot zu regeln, zurückgetreten ist. Man weiß, daß die deutsche Okkupation höchstens noch einige Monate dauern kann. Die politischen Führer jener Länder, welche die Anlehnung an die Mittelmächte gewollt oder sich wenigstens mit ihr abgefunden hatten, müssen jetzt eine neue Orientierung suchen. Nach allem, was man weiß, dürfte ihnen das nicht so schwer fallen. Die Bourgeoisie des alten Zarenreichs hat willig und bewußt drei Jahre lang auf der Seite der Entente Krieg geführt, sie stand Jahrzehnte hindurch im Bunde mit Frankreich, das sich bei ihr der größten Beliebheit erfreut. Der Uebergang von den Mittelmächten zur Entente würde also den herrschenden Schichten der von Rußland losgelösten Länder nicht schwer fallen, wenn sie nicht die deutsche Festsetzung als einen Schutz gegen die von Groß-Rußland her drohenden Bolschewikigefahr betrachten würden.

Welche Rückwirkung die neuesten Ereignisse auf die Bolschewikiherrschaft selbst haben werden, läßt sich im Augenblick noch schwer voraussehen. Die Politiker, die für das Festhalten am Bündnis mit der Entente eintraten, haben jetzt starke Trümpfe in der Hand. Sie können sagen, daß Rußland heute ganz anders dastände, wenn es keinen Sonderfrieden geschlossen hätte, auch dann, wenn es im Laufe des letzten Jahres noch so oft geschlagen worden wäre. Auch als Geschlagener hätte es zum Schluß den Vorteil, Bundesgenosse der stärkeren Koalition zu sein, ausnützen können.

Es ist aber fraglich, ob eine solche politische Beweisführung in Rußland noch irgendwie verfängt. Es waren doch nur sehr dünne Schichten, die imperialistisch dachten, und die Bolschewikiherrschaft läßt sich nicht viel mit Argumenten ein, sie schlägt lieber zu, als daß sie debattiert. So kann man heute die Erschütterung der Bolschewikiherrschaft nur als eine logische Folge der neuesten Ereignisse voraussehen, ob sie wirklich eintritt, ist eine andere Frage für sich, denn die Logik der Tatsachen ist eine andere als die Logik der bloßen Ideen. Sicher ist nur, daß die Beziehungen zwischen Berlin und Moskau nicht mehr so freundlich sind, wie sie einige Zeit hindurch schienen. Rußland hat den Brester Vertrag gegenüber der Türkei für null und nichtig erklärt, und man wird sich nicht wundern dürfen, wenn schließlich auch eine ähnliche Erklärung gegenüber Deutschland erfolgen sollte. An Vorspielen hieran fehlt es jetzt schon nicht.

So gestalten sich die Verhältnisse zu Beginn des fünften Kriegsjahres auf allen Gebieten recht traurig und verworren. Fehler der Vergangenheit machen sich in schmerzlicher Weise bemerkbar, ein unwillkommenes Ereignis zieht das andere nach sich. In der alldeutschen Presse kann man lesen, daß an alledem nur die neue deutsche Regierung schuld trägt. Wäre nach alldeutschen Rezepten immer weiter regiert worden, ständen wir heute ganz anders da. Ach ja!

Was der Krieg bringt.

Die deutschen Kriegsberichte.

WTB. Großes Hauptquartier, 13. Oktbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Am Kanalabschnitt beiderseits von Douai und am Westrande von Douai stehen wir in Gefechtsfühlung mit dem Feinde. Douai hat durch feindliches Artilleriefeuer und Fliegerbomben erheblich gelitten. Nordöstlich von Cambrai haben wir uns in der Nacht vom 11. bis 12. Oktober vom Feinde etwas abgesetzt. Der Feind ist gestern mittag gefolgt und stand am Abend bei Avesnes le Sec und auf den Höhen am westlichen Selle-Ufer bei Saulzoir und Saulzy. Am frühen Morgen heftiger Artilleriekampf beiderseits von le Cateau. Zwischen Salesches und le Cateau griff der Feind mit starken Kräften an. Es gelang ihm, beiderseits von Reupilly in unsere Stellungen einzudringen. Unser durch heftige Artilleriewirkung vorbereiteter Gegenangriff führte zu vollem Erfolg und warf den Feind wieder zurück. Am Abend bei Briastre erneut vorbrechender Teilangriff wurde abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich der Oise setzte der Gegner zu starken Angriffen beiderseits von Vauxaillon, östlich von Behnin und bei Anizy-le-Château an. Bei und nördlich von Origny suchte er über die Oise in unsere Stellungen einzudringen. Die Hauptlast des Kampfes trugen thüringische Regimenter. Der Feind wurde überall, teilweise in hartem Nahkampfe und im Gegenstoß, abgewiesen.

Auf der Front zwischen Oise und Aisne ist der Feind unseren rückgängigen Bewegungen auch gestern nur langsam gefolgt. Er hatte am Abend die Waldungen von St. Gobain, die Höhen nördlich der Ailette und Anizy-le-Château erreicht. Nördlich des Ailette-Abschnitts hat er die Linie Assfeld—la Ville—Anizy—Pinon—Vauxaillon—Chamouille nur mit schwachen Kräften überschritten. Feindliche Abteilungen, die südöstlich von Vauxaillon über die Aisne vorfühlten, wurden gefangengenommen, Teilangriffe des Gegners bei Termes an der Aisne wurden abgewiesen.

Heeresgruppe Gallwitz.

Teilangriffe des Feindes auf dem Westufer der Maas scheiterten. Stärkere Kämpfe hielten tagsüber östlich der Maas zwischen dem Ormont-Walde und dem Navrille nordöstlich von Brabant an. Der Amerikaner, der unter starkem Kräfteeinsatz seine vergeblichen Angriffe immer wieder erneuerte, wurde von preußischen, sächsischen, württembergischen und österreichisch-ungarischen Regimentern in hartem Kampfe zurückgeworfen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Bei erfolgreichen Unternehmungen westlich von Blamont und nördlich des Rhein-Rhone-Kanals machten wir Gefangene.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Kämpfe in der Gegend von Nisch. Stärkeren Angriffen wichen unsere Truppen befehlsgemäß auf die Höhen nördlich der Stadt aus. Nisch wurde vom Feinde besetzt.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

*

Berlin, 13. Oktober, abends. (Amtlich.)

Keine größeren Kampfhandlungen.

In einer bedauernswerten Lage

befinden sich jetzt jene armen Menschen, die im Operationsgebiet Frankreichs und Belgiens ihre Heimat besitzen. Infolge der anhaltenden Beschießung der Ortschaften hat sich dieser Leute eine Panik bemächtigt. In großen Massen begeben sie sich auf die Flucht, dadurch ihre Lage noch mehr verschlechternd. Es müssen furchtbare Jammer- und Elendsbilder sein, die sich hier abspielen. Hoffentlich gelingt es deutscher Initiative, das Los dieser armen Menschen nach Möglichkeit zu mildern.

Folgende Meldungen geben uns einen Einblick in die Lage: Die Flucht der französischen Zivilbevölkerung aus den dem englischen Feuer ausgesetzten Ortschaften hat in Erwartung der Beschießung auch auf Lille und die Nachbarstädte Lilles übergegriffen. Die Zahl der Flüchtlinge geht in die Tausende. Die deutsche Oberste Heeresleitung ist bemüht, das Los der Flüchtlinge nach Möglichkeit zu lindern und bereitet weitere Schritte zur Durchführung dieser Bestrebungen vor. Am 10. Oktober wurde Douai besonders lebhaft beschossen. Unter der Wirkung der englischen Brandgranaten entstanden zahlreiche Brände. Ebenso lag auf der 10 Kilometer hinter der Front liegenden Stadt Denain am Nachmittage schweres Feuer. Das englische Fernfeuer erstreckte sich auf den ganzen Abschnitt Douai-Cambrai und erfaßte zahlreich bisher verschont gebliebene Ortschaften. Besonders schwer litten die nahe der Front liegenden Ortschaften Solesmes und Le Chateau unter englischem Feuer.

WTB. Berlin, 12. Oktober. (Amtlich.) Auf Ansuchen der Obersten Heeresleitung hat die deutsche Regierung vorgestern die Schweizer Regierung gebeten, sie möge sich umgehend an die französische Regierung wenden und ihr mitteilen, daß sich der **Einwohner von Lille und der umliegenden Arbeiterstädte eine ungeheure Erregung** bemächtigt habe. Die Furcht **vor der Beschießung dieser Städte** durch die Entente mache eine **allgemeine Panik** wahrscheinlich. Falls es infolgedessen zu einer **Massenflucht** von vielen Tausenden Menschen komme, mit welcher mit Sicherheit gerechnet werden müsse, so werde die deutsche Heeresleitung **nicht imstande sein, für diese Massen annähernd zu sorgen,** so sehr sie bemüht sei, das Los dieser Unglücklichen zu erleichtern. Gleichzeitig ist unter Mitteilung des oben geschilderten Sachverhalts die holländische Regierung gefragt worden, ob es ihr möglich sein würde, für die Unterbringung der Flüchtlinge Sorge zu tragen. Die holländische Regierung hat auf unsere Anfrage ihre **Bereitwilligkeit** erklärt, nach Möglichkeit zu helfen. Von der französischen Regierung ist bisher keine Mitteilung eingegangen. **Mittlerweile hat die befürchtete Massenflucht eingesetzt.**

WTB. Berlin, 13. Oktober. (Amtlich.) **Nachdem die Furcht vor der Beschießung** sich nunmehr auch der **Bevölkerung von Valenciennes mitgeteilt** hat, und dort **30 000 Einwohner nicht mehr von der Flucht nach dem Osten abzuhalten** sind, hat die deutsche Regierung sich erneut an die Schweizer Regierung gewandt. Die Schweizer Regierung ist gebeten worden, **die französische Regierung von dieser Entwicklung unverzüglich** zu verständigen und ihr vorzuschlagen, im Interesse der Bewohner der nordfranzösischen Städte die Zusicherung zu geben, **von einer Beschießung der größeren Städte abzusehen und ihre Verbündeten ebenfalls dazu zu veranlassen.** Auch sei die deutsche Regierung von neuem bereit, wenigstens **einen Teil der Bevölkerung zum Uebertritt über die feindlichen Linien zu überreden,** wofür allerdings besondere Abmachungen von Front zu Front erforderlich sein würden. Falls die französische Regierung auf unsere Vorschläge nicht eingeht, kann **die deutsche Regierung die Verantwortung für die Leiden der Bevölkerung,** die eine Folge der vernichtenden feindlichen Beschießung aller größeren und kleineren Ortschaften hinter unserer Front sind, **nicht übernehmen.**

Die Wirkung.

Nach einer Meldung aus dem Haag ist dort aus Washington eine Antwort eingetroffen, nach der Wilson sich über die deutsche Antwort befriedigt geäußert hat.

Die Antwort der deutschen Regierung ist in London am Sonnabend abend bekannt geworden und hat in allen Theatern, Kinos und Konzertsälen eine große Begeisterung hervorgerufen. Die Nationalhymne wurde gesungen und die Vorstellungen mußten unterbrochen werden, oder der Schluß mußte überhaupt wegfallen. Allgemein herrscht die Ansicht vor, daß das Ende des Krieges nur mehr eine Frage von kurzer Zeit sei.

Die deutsche Antwortnote wurde in Holland fast auf die Minute gleichzeitig durch das WTB., die privaten Agenturen und durch die drahtlose Station ausgegeben. Am späten Abend gaben die großen Blätter Extrablätter aus. Der Eindruck des Straßenbildes war besonders in Amsterdam auffallend. Die ganze Presse äußert sich in warmer und herzlicher Weise über Deutschland, wie wir es seit langem nicht gelesen haben. In Rotterdam herrschte in den Straßen eine freudige Bewegung. Die Kreise der durch Schleich- und Kettenhandel monopolisierten Artikel stürzten rapide.

Aus Kopenhagen wird unter dem 13. Oktober gemeldet: Eine große Menschenmenge erwartete gestern abend in größter Spannung vor den Zeitungsgebäuden die deutsche Antwort auf die Note Wilsons. Gegen 11 Uhr wurde ihr Inhalt durch Zeitungsanschläge und Extrablätter bekanntgegeben. Alsbald löste sich die Spannung in ungeheuren Jubel auf, überall wurden Hurrarufe ausgebracht. Es herrscht die feste Ueberzeugung, daß durch das deutsche opferwillige Entgegenkommen nun der Friede gesichert sei. Es wird nicht für möglich gehalten, daß Wilson und die Verbandsmächte die ungeheure Verantwortung auf sich nehmen werden, nach dieser Antwort den Krieg auch nur einen Tag fortzusetzen. Die gleiche zuversichtliche Stimmung kommt auch in den Presseäußerungen zur Geltung. „Politiken" sagt u. a., die Antwort sei klar und unzweideutig und bedeute ein vorbehaltloses Ja auf Wilsons letzte Note. Nach dieser Antwort dürfe man wirklich hoffen, daß der große Tag nahe sei, der allzulange nur eine Hoffnung für die Menschheit gewesen sei. „Berlingske Tidende" nimmt als sicher an, daß bei dem von Deutschland bekundeten Friedenswillen und der zwischen Deutschland und Wilson bestehenden Uebereinstimmung der Friede nicht mehr fern sei. „Socialdemokraten" sagt: Die Antwort muß den Weltfrieden bedeuten. Sie ist ein feines, klares Ja auf Wilsons drei Fragen.

Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien, 12. Oktober. (Amtlich.)

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Hochfläche der Sieben Gemeinden war gestern der Schauplatz heftiger, für uns erfolgreicher Kämpfe. Nach kurzem Feuerschlag setzten 4 Uhr früh zwischen dem Assa-Tal und dem Monte di Val Bella italienische Angriffe ein. Während Vorstöße bei Asiago durch Abwehrfeuer zum Scheitern gebracht wurden, gelang es den Franzosen und Italienern, auf dem Sisemol vorübergehend in unsere Gräben einzudringen. Aber ungesäumt einsetzende Gegenstöße unserer Bataillonsreserven warfen den Feind sofort wieder hinaus. Auf dem Ostteil der Hochfläche brachen die Angriffe des Feindes in unserem Feuer teils im Nahkampf oder im Gegenstoß zusammen. Zahlreiche tote und verwundete Gegner liegen vor unseren Stellungen. Der Erfolg ist ebenso ein Verdienst der Truppen wie der Führung. Das mustergültige Zusammenarbeiten zwischen der Infanterie und Artillerie war wesentlich gefördert durch die Kriegstüchtigkeit der Telegraphenverbände. Unter den opfermutigen Kämpfern waren in ungebrochener Eintracht die Söhne aller Gaue der Monarchie vertreten. Besondere Anerkennung wird den Südösterreichern (Deutschen, Slovenen und Italienern) des Infanterie-Regiments 117 und den österreichisch-ungarischen Honved-Regimentern Nr. 23 und 24 gezollt.

Balkan-Kriegsschauplatz.

In Albanien zogen wir im Zusammenhang mit dem ungestörten Rückzug unserer Hauptkräfte die Nachhuten vom Stumbi ab. Mitrovitza wurde vom Feinde besetzt. Zwischen Nisch und Leskovac dauerten die Kämpfe an.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei den österreichisch-ungarischen Streitkräften gestern keine besonderen Kampfhandlungen. Die Truppen des Feldmarschalleutnants Metzger haben an den letzten Abwehrkämpfen vor Verdun hervorragenden Anteil. Die ungarischen Infanterie-Regimenter 5 und 112 wetteiferten an Tapferkeit mit den Feldjägerbataillonen 17 (Judenburg), 25 (Brünn) und 31 (Zagreb).

*

Wien, 13. Oktober. (Amtlich.)

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Gegner haben die Angriffe in den Sieben Gemeinden nicht wieder aufgenommen. Ueberall gewöhnliche Kampftätigkeit.

Balkan-Kriegsschauplatz.

In Albanien wird der Rückmarsch befehlsgemäß fortgesetzt. Im Gebiet von Ipek macht sich Bandenzug fühlbar. Nisch wurde nach mehrtägigen hinhaltenden Gefechten dem Feinde überlassen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Beaumont waren unsere Regimenter abermals an der Abwehr amerikanischer Angriffe erfolgreich beteiligt.

Der deutsche Friedensschritt

hat in der italienischen Arbeiterschaft einen ungeheuren Eindruck hervorgerufen. Die Arbeiter verließen ihre Arbeitsstätten und veranstalteten machtvolle Friedenskundgebungen.

Der „Berner Bund" meldet: Im Anschluß an das Friedensangebot der Mittelmächte richtete der **Landesausschuß der französischen Arbeiter an die Arbeiter Frankreichs einen Aufruf,** in dem er den Arbeitern ans Herz legt, sich in dieser ernsten Stunde **über den Haß zu stellen** und sich bereit zu halten, mit klarem Bewußtsein für das Recht der Völker, die öffentliche Diplomatie und den Völkerfrieden einzutreten.

Laut „Daily Telegraph" erließ die **englische Arbeiterunion** einen **Aufruf an die Gewerkschaften** zu **allgemeinen Kundgebungen für die Wilsonschen Friedensbedingungen** als Grundlage für den Abschluß des Krieges.

Rußland und die Ukraine.

Wie der „Vorwärts" hört, sind in der Berliner russischen Botschaft telegraphische Meldungen aus Kiew eingetroffen, wonach die ukrainische Polizei nicht nur eine Reihe von Durchsuchungen im Zuge des Vorsitzenden der russischen Friedensdelegation vorgenommen hat, sondern auch unter den im Zuge Reisenden eine Reihe von Verhaftungen vornahm, darunter **die eines diplomatischen Kuriers mit diplomatischen Akten.** Weiter unternahm die ukrainische Polizei eine **Haussuchung in der Wohnung der Friedensdelegation** und des **russischen Konsulats in Kiew,** wobei eine ganze Reihe von Konsulatsbeamten und von Mitgliedern der diplomatischen Mission verhaftet wurden.

Diesen Ereignissen wird in russischen Regierungskreisen eine überaus ernste Bedeutung beigelegt und die Meinung wird vertreten, daß sie einem **Abbruch der diplomatischen Beziehungen** zwischen Rußland und der Ukraine gleichkomme.

Es wird weiter darauf hingewiesen, daß sich die russische Friedensdelegation erst entschlossen hat, sich nach der Ukraine zu begeben, nachdem **Deutschland** eine formelle und durchaus **offizielle Garantie für ihre Sicherheit** gewährt hatte.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Amnestie.

Der Kaiser hat den Reichskanzler und den preußischen Justizminister beauftragt, solche Personen, die vom Reichsgericht oder von preußischen Zivilgerichten einschließlich der außerordentlichen Kriegsgerichte wegen politischer Verbrechen und Vergehen zu Strafen verurteilt sind, insbesondere wegen Straftaten aus Anlaß oder bei Gelegenheit von Streiks, Straßendemonstrationen, Lebensmittelunruhen und ähnlichen Ausschreitungen bestraft sind, im weiten Umfange ihm zur Begnadigung vorzuschlagen.

Ein gleicher Auftrag ist von den deutschen Bundesfürsten und Senaten der Freien Städte wegen der in ihren Gebieten ergangenen gleichartigen Straftaten ergangen.

Der neue Kurs.

Wie wir bereits angekündigt haben, sind die kommandierenden Generale des Stellvertretenden Generalkommandos in Stettin und Münster von ihren Stellungen zurückgetreten. Gegen die Art und Weise, wie von diesen beiden Generalen, dem General v. Vietinghoff-Scheel in Stettin und dem General v. Gayl in Münster, unter dem Belagerungszustand das Vereins- und Versammlungsrecht und die Zensur gehandhabt worden sind, ist im Reichstag wiederholt scharfer Protest erhoben worden. General v. Vietinghoff-Scheel schenkte seine besondere Gunst der Deutschen Vaterlandspartei. Er gestattete ihre Versammlungen, während die Versammlungen der Fortschrittler und Sozialdemokraten, z. B. eine vom Abgeordneten Gothein einberufene, verboten wurden. Er hat die ultrakonservative „Pommersche Tagespost" in Stettin u. a. Herrn v. Bethmann-Hollweg des „Hochverrats" beschuldigen lassen und ist erst auf Einwirkung von Berlin aus dagegen vorgegangen.

während er die nichtannexionistische Presse wegen ganz geringfügiger Zensurvergehen drakonisch verfolgte. Die Landarbeiterfrage glaubte er einseitig im Interesse der pommerschen Großagrarier „lösen" zu sollen, und die Wanderarbeiter waren in seinem Korpsbereich vollkommen rechtslos. Gegen den General v. Gayl wurden dieselben Beschwerden vorgebracht. Natürlich sind diese beiden Herren keineswegs die einzigen, die unter dem Belagerungszustand ohne Machtbefugnisse mit absolutistischer Willkür ausnützten, bemerkt dazu das „Berliner Tageblatt".

Der neue Kurs

macht sich nun auch in Elsaß-Lothringen bemerkbar. Der bisherige Statthalter v. Dallwitz, ein Träger des alten Kurses, ist gegangen worden. An seine Stelle tritt der Straßburger Bürgermeister Dr. Schwander, der bekanntlich kurze Zeit Staatssekretär im Reiche war. Der reichsländische Abg. Hauß übernimmt den Posten des Staatssekretärs in Elsaß-Lothringen.

Von der neuen Regierung.

Wie wir hören, scheidet Unterstaatssekretär Dr. August Müller aus dem Kriegsernährungsamt aus. An seine Stelle tritt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Robert Schmidt, der sich schon bisher im Ernährungsbeirat des Reichstages betätigt hat. August Müller tritt als Unterstaatssekretär in das Reichswirtschaftsamt über, für das zuerst Robert Schmidt vorgesehen war.

Die „Tägl. Rundschau" meldet: Aus Anlaß der Umgestaltung der Reichsregierung hatte der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes, v. Waldow, dem Reichskanzler sein Entlassungsgesuch eingereicht. Dem Vernehmen nach hat sich der Staatssekretär auf Ersuchen des Reichskanzlers bereit erklärt, im Amte zu verbleiben. — Wir würden das Verbleiben Waldows im Amte bedauern. Unter seiner Leitung ist ausschließlich Produzenten- und keineswegs Konsumenten-Politik betrieben worden.

Wie das Korrespondenzblatt der Generalkommission der freien Gewerkschaften mitteilt, hat die letzte Vorständekonferenz den Reichstagsabgeordneten Staatssekretär Bauer, den Leiter des neuen Reichsarbeitsamtes, für die Dauer seiner Reichsstellung von seiner Anstellung in der Generalkommission entbunden; der Rücktritt in die bisherige Stellung wird ihm offen gehalten. Bauer bleibt auch fernerhin Mitglied der Generalkommission und nimmt in dieer Eigenschaft an ihren Sitzungen teil.

Die „Rechte" des Belagerungszustandes.

Einen lehrreichen Beitrag zu der Notwendigkeit der Aufhebung des Belagerungszustandsgesetzes liefert ein Urteil, welches vom Oberlandesgericht in München in der Frage des Zensurverbotes der alldeutschen Wochenschrift „Die Wirklichkeit" gefällt worden ist. In diesem Urteil heißt es unter anderem: „Der Militärbefehlshaber ist berechtigt, jeden bestehenden Rechtszustand zu ändern und Verbote zu erlassen, die gesetzlich gewährleistete Befugnisse aufheben. Ob diese Befugnisse durch Verfassungsgesetz oder durch einfaches Gesetz gewährleistet sind, ist gleichgültig."

Hiernach stehen also die kommandierenden Generäle sogar über der Verfassung.

Tirpitz telegraphiert schon wieder.

Großadmiral v. Tirpitz hat, Blättermeldungen zufolge, dem Landesverein Ostpreußen der Deutschen Vaterlandspartei folgende Drahtung gesandt:

„Dem Landesverein der Deutschen Vaterlandspartei zu Königsberg möchte ich am heutigen Tage wenigstens telegraphisch den Dank aussprechen, daß ostpreußische Männer im vorigen Jahre zur Zeit des Tiefstandes der moralischen Kraft unseres Volkes den Willen zur Selbstbehauptung hochgehalten haben und in diesem Sinne einen vaterländischen Bund im Yorksaale der Ostpreußischen Landschaft gründeten. Unser Bund, der alle Parteirichtungen umfaßt, handelt auch in dieser ernsten Stunde nur konsequent, wenn er jede Regierung, welche die nationale Verteidigung leitet, in dieser vornehmsten Aufgabe mit allen Kräften unterstützt.

v. Tirpitz, Großadmiral."

Die Deutsche Vaterlandspartei entstand, worauf im Anschluß an dieses neue Tirpitz-Telegramm wieder einmal hingewiesen werden muß, nach dem 19. Juli 1917, dem Tage der Friedensentschließung des Reichstages. Die Deutsche Vaterlandspartei, voran Herr v. Tirpitz, der „U-Boot-Heros", hat im Verlaufe eines Jahres in lärmender und vergiftender Propaganda gegen die „Verzichtsmehrheit des Reichstages" alles getan, um den Friedenswillen Deutschlands vor dem Auslande zu entkräften, und hat immer und immer wieder, in wildem Annexionismus auf eine Verlängerung des Krieges hingearbeitet. Nicht zuletzt der Deutschen Vaterlandspartei und all den unpolitischen Köpfen, die sich von dem Phrasenschwall der Tirpitz, Reventlow, Bacmeister, Fuhrmann, Traub und Genossen haben benebeln lassen, verdankt das deutsche Volk die gegenwärtige Situation.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 14. Oktober.

Die Kranken und der Krieg.

Ist der Krieg schon für gesunde Menschen eine schwere Last, so drückt sein brutales Gepicht ganz unerträglich auf den leidenden Teil der Menschheit. Krankheit ist an sich schon Plage genug und völlig geeignet, den Genuß am Leben zur besseren Hälfte zu kürzen.

Jeder Kranke hat das natürliche Bedürfnis nach besser ausgewählter und eigens für seinen Zustand bereiteter Speise. Das ist aber ein Bedürfnis, dem der Krieg unbedingt feindselig entgegensteht. Unser Vorrat an Lebensmitteln ist roh berechnet und wird auf den einzelnen Magen im Weg der behördlich vorgeschriebenen Ration umgelegt. Unterschiede der persönlichen Neigung und Rücksichten auf die Ansprüche des bei jedem Menschen anders eingestellten Magens gibt es nicht.

Zahllose Beschwerden entspringen diesem Zustand. Die organischen Forderungen wollen befriedigt sein und kümmern sich keinen Deut um die 38 000 bisher ergangenen Vorschriften über die menschliche Ernährung im Kriege. Dem Zwang der staatlich geregelten Lebensweise stellt sich ein Zwang des natürlichen Körperrechtes entgegen, der viel stärker und auch viel besser begründet ist, als die meisten Erlasse unserer neumalweisen Bureaukratie. Der Mensch muß essen und der kranke Mensch muß besonders essen. Daran ändern alle Paragraphen der Welt nichts.

Es ist für die menschliche Natur recht bezeichnend, daß sie immer nach dem bequemsten Zustand strebt. Deshalb sind heute viele Menschen krank, denen eigentlich gar nichts fehlt als — ihr gewohntes Essen. Die Aerzte können darüber jeden Tag Erfahrungen sammeln und ist einer unter ihnen, der etwas von dem großen Spötter Moliere hat, so wird die Komödie vom „eingebildeten Kranken" unsere Zeit hoffentlich bald geschrieben.

Dieses Heer eingebildeter Kranker schadet den wirklichen Kranken in kaum zu übertreibender Weise. Das einfachste menschliche Fühlen sträubt sich dagegen, einem Kranken vorzuenthalten oder gar wegzunehmen, was zur Besserung seines Zustandes notwendig ist. Aber was hat das einfachste menschliche Fühlen in einer Welt zu suchen, die seit vier Jahren diesen Krieg führt?

Zu welchen Formen wird sich dieser Kampf um den Futternapf erst entwickeln, wenn die Scharen Kranker daran teilnehmen, die heute noch im Heere versorgt werden?

Hier öffnet sich ein Abgrund, den beizeiten zu überbrücken eine sehr ernste Aufgabe der nächsten Zeit ist.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 14. Oktober. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Vorstöße des Gegners gegen die Kanalfront, beiderseits von Douai, wurden abgewiesen. Der Feind, der vorübergehend in Ayhigny-au-Bac eindrang, wurde im Gegenstoß wieder hinausgeworfen. Nördlich von Cambrai sind stärkere englische Angriffe zwischen Bohain und Hospres gescheitert. Südlich von Solesnes säuberten wir ein aus den letzten Kämpfen noch verbliebenes englisches Nest.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich der Oise wurden erneute Angriffe der Franzosen bei und südlich von Aisonville abgewiesen. Nördlich von Laon und an der Aisne stehen wir in unseren neuen Stellungen. Die erfolgreichen Kämpfe der letzten Tage am Chemin-des-Dames und in den Stellungen an der Suippe, vor denen der Feind in fast täglich wiederholtem vergeblichem Ansturm schwere Verluste erlitt, haben hier ebenso wie auf dem Schlachtfelde in der Champagne die glatte Durchführung der Bewegungen ermöglicht.

Heeresgruppe Gallwitz.

Beiderseits der Maas keine größeren Kampfhandlungen. In erfolgreichen Angriffsunternehmungen nahmen wir kleinere, nach Abschluß der Kämpfe des 12. Oktobers noch vom Feinde besetzte alte Stellungsteile wieder.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Die fleischlosen Wochen.

Da das Ergebnis der letzten Viehzählung gezeigt hat, daß bei stärkeren Eingriffen in den Rindviehbestand, der bis auf weiteres die Last der Fleischversorgung nahezu allein zu tragen haben wird, Gefahr für unsere künftige Fleisch-, Milch- und Fettversorgung bestehen würde, bleibt größte Sparsamkeit im Fleischverbrauch geboten. Die fleischlosen Wochen sollen daher auch für die Monate November, Dezember und Januar beibehalten werden, doch ist mit Rücksicht auf die Weihnachtsfeiertage ihre Zahl auf drei d. h. also je eine im Monat, herabgesetzt worden. Sie entfallen auf die Wochen 18. bis 24. November, 16. bis 22. Dezember und 6. bis 12. Januar. Für rechtzeitige Fleischausgabe für die Weihnachtsfeiertage soll gesorgt werden. Die Zulagen für Kranke und Schwerarbeiter werden auch in den fleischlosen Wochen weiter gewährt.

Die fleischlosen Wochen sind für die Schleichhändler mit Fleisch besonders ertragreich.

Der Bettag des Senates. Amtlich wird bekannt gegeben: Angesichts der schweren Sorgen um das geliebte Vaterland, die in diesen Tagen auf dem deutschen Volke lasten, hat der Senat beschlossen, für den 21. Sonntag nach Trinitatis, den 20. Oktober 1918, einen allgemeinen Bettag anzuordnen. — Mit Singen und mit Beten werden die schweren Leiden und Sorgen des Volkes kaum verscheucht werden. Wie wär's mit der Einführung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung? Dadurch würde das Interesse weiter Kreise an unserem Staatswesen gefördert.

Verbot des Auslandsversandes von Zeitungen und Zeitschriften mit Anzeigen

Am 20. 10. 18 tritt eine Verordnung in Kraft, nach der periodische Druckschriften, also Zeitungen und Zeitschriften, während der ersten 2 Wochen nach dem Erscheinungstage nur ohne Anzeigenteil oder mit völlig unleserlich gemachten Anzeigen zum Auslandsversand zugelassen werden. Es sind bestimmte Ausnahmen, besonders für solche Anzeigen zugelassen, die mindestens 14 Tage vor der Ausgabe der Druckschrift dem stellv. Generalkommando vorgelegt sind. Der Wortlaut der Verordnung kann bei den Zivilbehörden, Handelskammern, Gewerbekammern usw. eingesehen werden.

Warum die Zuckerpreise erhöht werden mußten.

Die Zuckerindustriellen geben im allgemeinen den Agrariern nichts nach, wenn es sich darum handelt, höhere Preise von der Regierung zu verlangen. Aber es ist nicht klug, wenn sie ihre Not in allzu krassen Farben malen, da die Abschlüsse der Gesellschaften meist die Wahrheit an den Tag bringen, zumal man ja nicht alles in Reservefonds, Abschreibungen usw. verstecken kann. Wie „notleidend" die Zuckerindustrie bei den bisherigen Zuckerpreisen gewesen ist, ersieht man aus den für das Betriebsjahr 1917/18 ausgeschütteten Dividenden. Es verteilten Haynau (nach Auffüllung des gesetzlichen Reservefonds, Schaffung einer besonderen Kriegsrücklage und Abschreibung von 4 Karten auf 1 Mark 15 Proz., Neuwerk 21 Proz., Offstein (nach Erhöhung des Aktienkapitals aus dem Reingewinn um 300 000 Mk.) 15 Proz., Fallersleben 10 Proz., Kl. Wanzleben 9 Proz., Froebeln 21 Proz., Wreschen 22 Proz.

Findet sich denn niemand, der angesichts solcher Gewinne dem ewigen Drehen der Preisschraube einmal ein Ende macht?

An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat September beim hiesigen Steueramt ein: Einkommensteuer 158 582,60 Mk., Gewerbesteuer 359 520,76 Mk., Wertzuwachssteuer 22 838,— Mk., Grundsteuer 5 953,51 Mk., Erbschaftssteuer einschl. Erbschaftsabgabe u. Zuschläge zur Reichserbschaftssteuer 6 702,79 Mk., Veräußerungsabgabe 49 449,48 Mk., Stempelabgabe 12 904,50 Mk., Vermögenssteuer 518,13 Mk. zusammen 616 469,80 Mk. gegen 568 194,82 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 48 274,98 Mk. mehr. Vom 1. April bis Ende September gingen insgesamt 6 007 724,42 Mk. ein gegen 4 895 388,80 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Mehreinnahme belief sich demnach auf 1 112 335,62 Mk.

Postkreditbriefe. Auf die Einrichtung der Postkreditbriefe wird von neuem aufmerksam gemacht, die bei Reisen den Zahlungsverkehr wesentlich erleichtern und dem Besitzer ermöglichen, seine Geldmittel bei jeder Postanstalt des Deutschen Reiches in einfachster Weise zu ergänzen. Die Bestellung eines Postkreditbriefes kann unter Einzahlung der Summe, auf die er lauten soll — Höchstbetrag 3000 Mk. —, bei jeder Postanstalt erfolgen. Postscheckkonten überweisen den Betrag von ihrem Postkonto auf ein für sie beim Postscheckamt anzulegendes Postkreditbrief-Konto. Abhebungen bis zu 1000 Mk. an einem Tage sind bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches zulässig. Als Ausweis ist dabei außer dem Postkreditbrief eine Postausweiskarte oder eins der für die Abholung postlagernder Sendungen während des Krieges vorgeschriebenen Ausweispapiere vorzulegen. Die Gebühren sind sehr mäßig, außer der Zahlkartengebühr sind 50 Pfg. für die Ausfertigung und 10 Pfg. für jede Rückzahlung bis 100 Mk. 5 Pfg. mehr für je 100 Mk. bei höheren Beträgen, zu entrichten.

Herbst- und Wintergemüse. Nach Beendigung der Herbstbestellung sind große Zufuhren von Kohl, Rote Beeten und Wurzeln zu erwarten. Es liegt im Interesse der Bevölkerung, stets, sobald reichliches Angebot vorhanden ist, den Bedarf für die Wintermonate einzudecken, zumal später Stockungen in den Zufuhren eintreten können. Wie die Reichsstelle für Gemüse und Obst bereits mitgeteilt hat, ist mit einer regelmäßigen Belieferung von Sauerkraut in diesem Winter nicht zu rechnen, und sollte deshalb jede Haushaltung, die es möglich machen kann, sich ihr Sauerkraut selbst herstellen, da sich dieses auch erheblich billiger stellt, als das von den Fabriken gelieferte Sauerkraut. Alle Gemüsehändler sind bereit, schon jetzt Bestellungen für spätere Lieferungen entgegen zu nehmen.

Wiederverwendete Briefumschläge. Briefumschläge werden wegen der Knappheit und Teurung vielfach wieder verwendet. Insbesondere werden dieselben Umschläge mit der gleichen Adresse noch einmal verschickt. Das Reichspostamt hat jetzt auch erlaubt, gewöhnliche Briefsendungen zu befördern, auf deren Umschlägen die erste Aufschrift durch eine neue ersetzt ist. Die alte Aufschrift muß sorgfältig durchkreuzt oder durchstrichen sein. Die zweite Aufschrift muß deutlich und so eingerichtet werden, daß die Stempelabdrücke, postdienstliche Vermerke und Freimarken nicht beeinträchtigt werden.

Plattdeutsche Rezitationen von Herrn August Voß-Hamburg. Der Ausschuß für Kriegshilfe hatte bekanntlich im Vorjahre einen Unterausschuß eingesetzt, der gute und billige Veranstaltungen auf dem Gebiete guter Musik, Vortragskunst usw. für die Arbeiter veranlaßte. Auch in diesem Jahre werden diese Darbietungen fortgesetzt. Gestern — Sonntagnachmittag — fand der erste Abend statt. Herr Lehrer August Voß-Hamburg rezitierte neuere plattdeutsche Dichter. Und zwar in meisterhafter Form. Jede Vortragsnummer war vorzüglich und fand stürmischen Beifall. Besonders schlug ein die Geschichte des alten Nachtwächters-Jakob und das „Reinmaken" von Fritz Lau. Ebenso die Sachen des Bruders von Gorch Fock, Rudolf Kienau, betitelt „Up'n Bürpostenboot" und „Besorgen". Gerade das letztbenannte schilderte in prächtigem Humor die Sorgen unserer Feldgrauen um eine „standesgemäße" Einrichtung. Mit nichts hatten sie angefangen und waren doch zuletzt Besitzer von Stühlen, Tisch, Sessel, Tischdecken und einem neuen Ofen. Alles ohne Geld nur „besorgt." Endlich sei noch der Schlußnummer gedacht, in der Georg Droste in seiner „In'n Schoole" in köstlicher Weise den Eintritt der neuen Abeschützen und ihre Erfahrungen mit Lehrer und Schule schildert. Kurzum es war ein sehr genußreicher Vortrag und war nur zu bedauern, daß der Besuch recht zu wünschen ließ. Dieser Vortrag war wert, vor überfülltem Saale gehalten zu werden. Hoffen wir, daß in Zukunft diesen Bestrebungen größere Teilnahme entgegengebracht wird. — Die nächste Veranstaltung findet am Sonntag dem 17. November, nachm. 5 Uhr statt und wird Frau Brehling-Wülfken (Sopranvorträge) unter Begleitung von Herrn Professor Hofmeier mitwirken.

Die Lübecker Hansa-Brauerei A.-G. geht in andere Hände über. Die Bank für Brau-Industrie in Berlin hat den größten Teil des 1 800 000 Mark betragenden Aktienkapitals der Hansa-Brauerei von den Vorsitzenden käuflich erworben.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem hiesigen Gesundheitsamt im Monat September in 189 Fällen gemeldet. Davon betrafen 143 Fälle (6 tödlich verlaufen) Diphtherie, 23 (1 tödlich) Scharlach, 9 (4 tödlich) Ruhr, 9 Masern, 3 Typhus, 1 Wochenbettfieber, 1 Wechselfieber.

Die Brennesselsammlung, die uns den so dringend notwendigen Ersatzstoff für die fehlende Baumwolle liefern muß, soll jetzt abgeschlossen werden. Kein brauchbarer Nesselstengel darf verloren gehen; nur so ist Aussicht vorhanden, daß wir mit unserer Spinnfaser durchhalten können. Von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung ist der Ausschuß für Brennesselsammeln beauftragt worden, auch die Einsammlung des wilden Hopfens mit zu übernehmen. Hierfür kommen ausschließlich die Ranken in Frage, und zwar sollen diese in jeder greifbaren Menge gesammelt werden, gleichgültig, ob es sich um größere oder kleinere Bestände handelt; denn auch hier gilt der Grundsatz, daß viele Wenig ein Viel ausmachen. Diese Ranken sowie die jetzt noch geschnittenen Nesseln sind werktäglich von 9—1 und von 3—6 Uhr Schmiedestraße 23 einzuliefern, um von da nach Altona zur Trocknungsanstalt befördert zu werden. Helfe nun noch jeder, im Interesse unseres Vaterlandes so viel wie möglich herbeizuschaffen! Die bisher gesammelten, nun vollständig trockenen, blätterfreien, gebündelten Nesselstengel sind bis zum 31. Oktober ebenfalls nach Schmiedestraße 23 zu senden. Der Preis für diese ist von 28 auf 40 Mk. für 100 Kgr. erhöht! Alle diejenigen, welche Nesseln abzuliefern haben, werden gebeten, dem Obmann der Sammlung, Herrn Otto Kleibömer, Israelsdorf-Waldstraße — Fernsp. 1687 —, das Gewicht der gesammelten trockenen Stengel aufzugeben zum Zweck einer statistischen Aufstellung und Beschaffung der als Prämien gewährten Garnwickel.

Von der Straßenbahn überfahren wurde am Sonnabend vormittag ein etwa dreijähriges Kind. Die Kleine, die anscheinend schwer verletzt war, mußte dem Krankenhause zugeführt werden.

Handelsregister. Am 9. Oktober 1918 ist eingetragen: 1. bei der Firma Aktiengesellschaft für Kartonnagenindustrie in Loschwitz, Zweigniederlassung unter der Firma Fr. Ewers & Co. (Inhaberin Aktiengesellschaft für Kartonnagenindustrie) in Lübeck: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 19. September 1918 ist das Grundkapital um 300 000 Mk. erhöht. Die Erhöhung ist durchgeführt. Das Grundkapital beträgt nunmehr vier Millionen achthunderttausend Mark und zerfällt in viertausendachthundert Aktien zu je eintausend Mark. Der Ausgabekurs dieser Aktien beträgt 100 Proz. 2. Die Firma Pustolla u. Cremer, Lübeck. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. Oktober begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Gustav Pustolla, Franz Joseph Cremer, beide Kaufleute in Lübeck.

Volkstümliche Naturkunde. Der seit sechs Jahren hier bestehende Verein für Aquarien- und Terrarienkunde ist in einen „Verein für volkstümliche Naturkunde" umgewandelt worden. In der Jahreshauptversammlung am 11. Oktober sprach Herr Professor Dr. Steyer über „Die Ziele des Vereins und ihre Erreichung." Der Vortragende führte u. a. aus: „Wir leben im Jahrhundert der Herrschaft der Naturwissenschaften, aber die naturwissenschaftlichen Kenntnisse selbst der sogenannten gebildeten Kreise sind heute noch recht gering und das Interesse dafür auch in Lübeck sehr schwach. Der Begriff „Bildung" wird falsch gewertet. Kenntnisse in der Literatur und Kunst sind maßgebend. Man muß irgendeinen modernen Roman gelesen haben, über ein Kunstwerk reden können, um als gebildet zu gelten. Die einfachsten Kenntnisse, z. B. wie das Herz arbeitet, also selbst die für die Gesundheitslehre wichtigen Dinge braucht man nicht zu wissen. Ein ganz falscher Standpunkt! Die Naturwissenschaften spielen noch lange nicht die Rolle, die sie verdienen. Ein Teil der Schuld liegt bei der Schule. Wo ein Lehrer oder eine Lehrerin gezwungen wird, naturwissenschaftlichen Unterricht zu geben, trotzdem sie weder genügende Kenntnisse noch Lust und Liebe zu diesen Fächern haben, kann natürlich nichts geleistet werden. Naturwissenschaftler können nicht gemacht werden, sie werden geboren! Unter Nichtakademikern, oft unter einfachen Arbeitern, findet man hervorragende Spezialisten irgendeines Gebietes. Wo aber wirklich eine eifrige Lehrkraft mit Erfolg wirkte, da schwindet nach der Schulzeit das Interesse, weil die Möglichkeit fehlt, es weiter zu pflegen. Da will unser Verein helfen! Es ist notwendig, naturwissenschaftliche Kenntnisse, naturwissenschaftliche Bildung und die darauf beruhende Weltanschauung hinauszutragen, die Schönheit der Natur sehen zu lehren, Freude an der Natur zu erwecken, denn sie bietet mehr Schönheiten als ein Gemälde, mehr als eine literarische Abhandlung. Nicht umsonst erschallt immer wieder der Ruf: „Zurück zur Natur!" Der Verein für volkstümliche Naturkunde bezweckt Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse,

Südlich der Donau bis zum persischen Golf ist für die Mittelmächte kaum noch etwas zu halten. Daß Bulgarien des Zaren Boris ist in der Hand der Entente, Sofia von den Franzosen besetzt. Die Türkei hat mit einem jähen Regierungswechsel die politischen Folgerungen aus diesem Ereignis gezogen, und es ist kaum mehr als eine tröstende Redensart, wenn versichert wird, daß der Kurs der alte bleibt. Ueber die Neugestaltung der Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel und in Klein-Asien wird auf der allgemeinen Friedenskonferenz entschieden werden, wobei die Tatsache der militärischen Vorherrschaft der Entente in jenen Ländern zur Geltung kommen wird. Der Traum von Hamburg bis Bagdad oder gar von Antwerpen bis Indien ist ausgeträumt.

Von den Vorgängen auf dem Gebiet des ehemaligen Zarenreichs erfahren wir nur wenig. Wir wissen in der Hauptsache nur, daß in Polen eine vollständige Umwandlung vor sich gegangen ist, und daß man dort nicht mehr mit austropolnischen oder deutsch-polnischen Lösungen rechnet, sondern mit einem selbständigen Polen nach Wilsons 13. Punkt, das alle Gebiete von unzweifelhaft polnischer Bevölkerung umfassen soll.

Daß in Finnland der Herzog Friedrich Karl zum König gewählt worden ist, wirkt in dieser traurigen Zeit wie ein schlechter Witz. Der neue König soll sich nur beeilen, den neuen Thron zu besteigen, den er mit dem Aufhören der deutschen Okkupation doch wieder verlassen muß. Aber er soll den nächsten Eilzug benützen, sonst kommt er doch zu spät.

In allen Ländern des Ostens, in denen jetzt deutsche Generäle als Sieger die Herrschaft üben, weiß man, daß Deutschland selbst von seiner Absicht, die Verhältnisse im Osten durch einseitiges Machtgebot zu regeln, zurückgetreten ist. Man weiß, daß die deutsche Okkupation höchstens noch einige Monate dauern kann. Die politischen Führer jener Länder, welche die Anlehnung an die Mittelmächte gewollt oder sich wenigstens mit ihr abgefunden hatten, müssen jetzt eine neue Orientierung suchen. Nach allem, was man weiß, dürfte ihnen das nicht so schwer fallen. Die Bourgeoisie des alten Zarenreichs hat willig und bewußt drei Jahre lang auf der Seite der Entente Krieg geführt, sie stand Jahrzehnte hindurch im Bunde mit Frankreich, das sich bei ihr der größten Beliebheit erfreut. Der Uebergang von den Mittelmächten zur Entente würde also den herrschenden Schichten der von Rußland losgelösten Länder nicht schwer fallen, wenn sie nicht die deutsche Festsetzung als einen Schutz gegen die von Groß-Rußland her drohenden Bolschewikigefahr betrachten würden.

Welche Rückwirkung die neuesten Ereignisse auf die Bolschewikiherrschaft selbst haben werden, läßt sich im Augenblick noch schwer voraussehen. Die Politiker, die für das Festhalten am Bündnis mit der Entente eintraten, haben jetzt starke Trümpfe in der Hand. Sie können sagen, daß Rußland heute ganz anders dastände, wenn es keinen Sonderfrieden geschlossen hätte, auch dann, wenn es im Laufe des letzten Jahres noch so oft geschlagen worden wäre. Auch als Geschlagener hätte es zum Schluß den Vorteil, Bundesgenosse der stärkeren Koalition zu sein, ausnützen können.

Es ist aber fraglich, ob eine solche politische Beweisführung in Rußland noch irgendwie verfängt. Es waren doch nur sehr dünne Schichten, die imperialistisch dachten, und die Bolschewikiherrschaft läßt sich nicht viel mit Argumenten ein, sie schlägt lieber zu, als daß sie debattiert. So kann man heute die Erschütterung der Bolschewikiherrschaft nur als eine logische Folge der neuesten Ereignisse voraussehen, ob sie wirklich eintritt, ist eine andere Frage für sich, denn die Logik der Tatsachen ist eine andere als die Logik der bloßen Ideen. Sicher ist nur, daß die Beziehungen zwischen Berlin und Moskau nicht mehr so freundlich sind, wie sie einige Zeit hindurch schienen. Rußland hat den Brester Vertrag gegenüber der Türkei für null und nichtig erklärt, und man wird sich nicht wundern dürfen, wenn schließlich auch eine ähnliche Erklärung gegenüber Deutschland erfolgen sollte. An Vorspielen hieran fehlt es jetzt schon nicht.

So gestalten sich die Verhältnisse zu Beginn des fünften Kriegsjahres auf allen Gebieten recht traurig und verworren. Fehler der Vergangenheit machen sich in schmerzlicher Weise bemerkbar, ein unwillkommenes Ereignis zieht das andere nach sich. In der alldeutschen Presse kann man lesen, daß an alledem nur die neue deutsche Regierung schuld trägt. Wäre nach alldeutschen Rezepten immer weiter regiert worden, ständen wir heute ganz anders da. Ach ja!

Was der Krieg bringt.

Die deutschen Kriegsberichte.

WTB. Großes Hauptquartier, 13. Oktbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Am Kanalabschnitt beiderseits von Douai und am Westrande von Douai stehen wir in Gefechtsfühlung mit dem Feinde. Douai hat durch feindliches Artilleriefeuer und Fliegerbomben erheblich gelitten. Nordöstlich von Cambrai haben wir uns in der Nacht vom 11. bis 12. Oktober vom Feinde etwas abgesetzt. Der Feind ist gestern mittag gefolgt und stand am Abend bei Avesnes le Sec und auf den Höhen am westlichen Selle-Ufer bei Saulzoir und Sanzey. Am frühen Morgen heftiger Artilleriekampf beiderseits von le Cateau. Zwischen Salesmes und le Cateau griff der Feind mit starken Kräften an. Es gelang ihm, beiderseits von Reuvilly in unsere Stellungen einzudringen. Unser durch stärkste Artilleriewirkung vorbereiteter Gegenangriff führte zu vollem Erfolg und warf den Feind wieder zurück. Am Abend bei Briastre erneut vorbrechender Teilangriff wurde abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich der Oise setzte der Gegner zu starken Angriffen beiderseits von Vauxaillon, östlich von Behnin und bei Urcanville an. Bei und nördlich von Origny suchte er über die Oise in unsere Stellungen einzudringen. Die Hauptlast des Kampfes trugen thüringische Regimenter. Der Feind wurde überall, teilweise in hartem Nahkampfe und im Gegenstoß, abgewiesen.

Auf der Front zwischen Oise und Aisne ist der Feind unseren rückgängigen Bewegungen auch gestern nur langsam gefolgt. Er hatte am Abend die Wendungen von St. Caëain, die Höhen nördlich der Ailette und Anisy-Fontaine erreicht. Nördlich des Retourne-Abschnittes hat er die Linie Asfeld—la Villa—Anaon—Perthes—Vaux—Champagne—Vouziers nur mit schwachen Kräften überschritten. Feindliche Abteilungen, die südöstlich von Vouziers über die Aisne vorfühlten, wurden gefangengenommen, Teilangriffe des Gegners bei Termes an der Aisne wurden abgewiesen.

Heeresgruppe Gallwitz.

Teilangriffe des Feindes auf dem Westufer der Maas scheiterten. Stärkere Kämpfe hielten tagsüber östlich der Maas zwischen dem Orne-Walde und dem Kanalbecken nordöstlich von Verdun an. Der Amerikaner, der unter starkem Kräfteeinsatz seine vergeblichen Angriffe immer wieder erneuerte, wurde von preußischen, sächsischen, württembergischen und österreichisch-ungarischen Regimentern in hartem Kampfe zurückgeworfen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Bei erfolgreichen Unternehmungen westlich von Blamont und nördlich des Rhein-Rhone-Kanals machten wir Gefangene.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Kämpfe in der Gegend von Nisch. Stärkeren Angriffen wichen unsere Truppen befehlsgemäß auf die Höhen nördlich der Stadt aus. Nisch wurde vom Feinde besetzt.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

*

Berlin, 13. Oktober, abends. (Amtlich.)

Keine **größeren Kampfhandlungen.**

In einer bedauernswerten Lage

befinden sich jetzt jene armen Menschen, die im Operationsgebiet Frankreichs und Belgiens ihre Heimat besitzen. Infolge der anhaltenden Beschießung der Ortschaften hat sich dieser Leute eine Panik bemächtigt. In großen Massen begeben sie sich auf die Flucht, dadurch ihre Lage noch mehr verschlechternd. Es müssen furchtbare Jammer- und Elendsbilder sein, die sich hier abspielen. Hoffentlich gelingt es deutscher Initiative, das Los dieser armen Menschen nach Möglichkeit zu mildern.

Folgende Meldungen geben uns einen Einblick in die Lage: Die Flucht der französischen Zivilbevölkerung aus den dem englischen Feuer ausgesetzten Ortschaften hat in Erwartung der Beschießung auch auf Lille und die Nachbarstädte Lilles übergegriffen. Die Zahl der Flüchtlinge geht in die Tausende. Die deutsche Oberste Heeresleitung ist bemüht, das Los der Flüchtlinge nach Möglichkeit zu lindern und bereitet weitere Schritte zur Durchführung dieser Bestrebungen vor. Am 10. Oktober wurde Douai besonders lebhaft beschossen. Unter der Wirkung der englischen Brandgranaten entstanden zahlreiche Brände. Ebenso lag auf der 10 Kilometer hinter der Front liegenden Stadt Denain am Nachmittage schweres Feuer. Das englische Fernfeuer erstreckte sich auf den ganzen Abschnitt Douai-Cambrai und erfaßte zahlreich bisher verschont gebliebene Ortschaften. Besonders schwer litten die nahe der Front liegenden Ortschaften Solesmes und Le Chateau unter englischem Feuer.

WTB. Berlin, 12. Oktober. (Amtlich.) Auf Ansuchen der Obersten Heeresleitung hat die deutsche Regierung vorgestern die Schweizer Regierung gebeten, sie möge sich umgehend an die französische Regierung wenden und ihr mitteilen, daß sich der **Einwohner von Lille und der umliegenden Arbeiterstädte eine ungeheure Erregung** bemächtigt habe. Die Furcht **vor der Beschießung dieser Städte** durch die Entente mache eine **allgemeine Panik** wahrscheinlich. Falls es infolgedessen zu einer **Massenflucht** von vielen Tausenden Menschen komme, mit welcher mit Sicherheit gerechnet werden müsse, so werde die deutsche Heeresleitung **nicht imstande sein, für diese Massen annähernd zu sorgen,** so sehr sie bemüht sei, das Los dieser Unglücklichen zu erleichtern. Gleichzeitig ist unter Mitteilung des oben geschilderten Sachverhalts die holländische Regierung gefragt worden, ob es ihr möglich sein würde, für die Unterbringung der Flüchtlinge Sorge zu tragen. Die holländische Regierung hat auf unsere Anfrage ihre **Bereitwilligkeit** erklärt, nach Möglichkeit zu helfen. Von der französischen Regierung ist bisher keine Mitteilung eingegangen. **Mittlerweile hat die befürchtete Massenflucht eingesetzt.**

WTB. Berlin, 13. Oktober. (Amtlich.) **Nachdem die Furcht vor der Beschießung** sich nunmehr auch der **Bevölkerung** von **Valenciennes mitgeteilt** hat, und dort **30 000 Einwohner nicht mehr von der Flucht nach dem Osten abzuhalten** sind, hat die deutsche Regierung sich erneut an die Schweizer Regierung gewandt. Die Schweizer Regierung ist gebeten worden, **die französische Regierung von dieser Entwicklung unverzüglich zu verständigen** und ihr vorzuschlagen, im Interesse der Bewohner der nordfranzösischen Städte die Zusicherung zu geben, **von einer Beschießung der größeren Städte abzusehen und ihre Verbündeten ebenfalls dazu zu veranlassen.** Auch sei die deutsche Regierung **bereit, wenigstens einen Teil der Bevölkerung zum Uebertritt über die feindlichen Linien zu überreden,** wofür allerdings besondere Abmachungen von Front zu Front erforderlich sein würden. Falls die französische Regierung auf unsere Vorschläge nicht eingeht, kann **die deutsche Regierung die Verantwortung für die Leiden der Bevölkerung,** die eine Folge der vernichtenden feindlichen Beschießung aller größeren und kleineren Ortschaften hinter unserer Front sind, **nicht übernehmen.**

Die Wirkung.

Nach einer Meldung aus dem Haag ist dort aus Washington eine Antwort eingetroffen, nach der Wilson sich über die deutsche Antwort befriedigt geäußert hat.

Die Antwort der deutschen Regierung ist in London am Sonnabend abend bekannt geworden und hat in allen Theatern, Kinos und Konzertsälen eine große Begeisterung hervorgerufen. Die Nationalhymne wurde gesungen und die Vorstellungen mußten unterbrochen werden, oder der Schluß mußte überhaupt wegfallen. Allgemein herrscht die Ansicht vor, daß das Ende des Krieges nur mehr eine Frage von kurzer Zeit sei.

Die deutsche Antwortnote wurde in Holland fast auf die Minute gleichzeitig durch das WTB., die privaten Agenturen und durch die drahtlose Station ausgegeben. Am späten Abend gaben die großen Blätter Extrablätter aus. Der Eindruck des Straßenbildes war besonders in Amsterdam auffallend. Die ganze Presse äußert sich in warmer und herzlicher Weise über Deutschland, wie wir es seit langem nicht gelesen haben. In Rotterdam herrschte in den Straßen eine freudige Bewegung. Die Kreise der durch Schleich- und Kettenhandel monopolisierten Artikel stürzten rapide.

Aus Kopenhagen wird unter dem 13. Oktober gemeldet: Eine große Menschenmenge erwartete gestern abend in größter Spannung vor den Zeitungsgebäuden die deutsche Antwort auf die Note Wilsons. Gegen 11 Uhr wurde ihr Inhalt durch Zeitungsanschläge und Extrablätter bekanntgegeben. Alsbald löste sich die Spannung in ungeheuren Jubel auf, überall wurden Hurrarufe ausgebracht. Es herrscht die feste Ueberzeugung, daß durch das deutsche opferwillige Entgegenkommen nun der Friede gesichert sei. Es wird nicht für möglich gehalten, daß Wilson und die Verbandsmächte die ungeheure Verantwortung auf sich nehmen werden, nach dieser Antwort den Krieg auch nur einen Tag fortzusetzen. Die gleiche zuversichtliche Stimmung kommt auch in den Preßäußerungen zur Geltung. „Politiken" sagt u. a., die Antwort sei klar und unzweideutig und bedeute ein vorbehaltloses Ja auf Wilsons letzte Note. Nach dieser Antwort dürfe man wirklich hoffen, daß der große Tag nahe sei, der allzulange nur eine Hoffnung für die Menschheit gewesen sei. „Berlingske Tidende" nimmt als sicher an, daß bei dem von Deutschland bekundeten Friedenswillen und der zwischen Deutschland und Wilson bestehenden Uebereinstimmung der Friede nicht mehr fern sei. „Socialdemokraten" sagt: Die Antwort muß den Weltfrieden bedeuten. Sie ist ein reines, klares Ja auf Wilsons drei Fragen.

Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien, 12. Oktober. (Amtlich.)

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Hochfläche der Sieben Gemeinden war gestern der Schauplatz heftiger, für uns erfolgreicher Kämpfe. Nach kurzem Feuerschlag setzten 4 Uhr früh zwischen dem Assa-Tal und dem Monte di Val Bella italienische Angriffe ein. Während Vorstöße bei Asiago durch Abwehrfeuer zum Scheitern gebracht wurden, gelang es den Franzosen und Italienern, auf dem Sisemol vorübergehend in unsere Gräben einzudringen. Aber ungesäumt einsetzende Gegenstöße unserer Bataillonsreserven warfen den Feind sofort wieder hinaus. Auf dem Ostteil der Hochfläche brachen die Angriffe des Feindes in unserem Feuer teils im Nahkampf oder im Gegenstoß zusammen. Zahlreiche tote und verwundete Gegner liegen vor unseren Stellungen. Der Erfolg ist ebenso ein Verdienst der Truppen wie der Führung. Das mustergültige Zusammenarbeiten zwischen der Infanterie und Artillerie war wesentlich gefördert durch die Kriegstüchtigkeit der Telegraphenverbände. Unter den opfermutigen Kämpfern waren in ungebrochener Eintracht die Söhne aller Gaue der Monarchie vertreten. Besondere Anerkennung wird den Südösterreichern (Deutschen, Slovenen und Italienern) des Infanterie-Regiments 117 und den österreichisch-ungarischen Honved-Regimentern Nr. 23 und 24 gezollt.

Balkan-Kriegsschauplatz.

In Albanien zogen wir im Zusammenhang mit dem ungestörten Rückzug unserer Hauptkräfte die Nachhuten vom Skumbi ab. Mitrovitza wurde vom Feinde besetzt. Zwischen Nisch und Leskovac dauerten die Kämpfe an.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei den österreichisch-ungarischen Streitkräften gestern keine besonderen Kampfhandlungen. Die Truppen des Feldmarschalleutnants Metzger haben an den letzten Abwehrkämpfen vor Verdun hervorragenden Anteil. Die ungarischen Infanterie-Regimenter 5 und 112 wetteiferten an Tapferkeit mit den Feldjägerbataillonen 17 (Judenburg), 25 (Brünn) und 31 (Zagreb).

*

Wien, 13. Oktober. (Amtlich.)

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Gegner haben die Angriffe in den Sieben Gemeinden nicht wieder aufgenommen. Ueberall gewöhnliche Kampftätigkeit.

Balkan-Kriegsschauplatz.

In Albanien wird der Rückmarsch befehlsgemäß fortgesetzt. Im Gebiet von Ipek macht sich Bandenzug fühlbar. Nisch wurde nach mehrtägigen hinhaltenden Gefechten dem Feinde überlassen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Beaumont waren unsere Regimenter abermals an der Abwehr amerikanischer Angriffe erfolgreich beteiligt.

Der deutsche Friedensschritt

hat in der italienischen Arbeiterschaft einen ungeheuren Eindruck hervorgerufen. Die Arbeiter verließen ihre Arbeitsstätten und veranstalteten machtvolle Friedenskundgebungen.

Der „Berner Bund" meldet: Im Anschluß an das Friedensangebot der Mittelmächte richtete der **Landesausschuß der französischen Arbeiter an die Arbeiter Frankreichs einen Aufruf,** in dem er den Arbeitern ans Herz legt, sich in dieser ernsten Stunde **über den Haß zu stellen** und sich bereit zu halten, mit klarem Bewußtsein für das Recht der Völker, die öffentliche Diplomatie und den Völkerfrieden einzutreten.

Laut „Daily Telegraph" erließ die **englische Arbeiterunion** einen **Aufruf an die Gewerkschaften** zu **allgemeinen Kundgebungen für die Wilsonschen Friedensbedingungen** als Grundlage für den Abschluß des Krieges.

Rußland und die Ukraine.

Wie der „Vorwärts" hört, sind in der Berliner russischen Botschaft telegraphische Meldungen aus Kiew eingetroffen, wonach die ukrainische Polizei nicht nur eine Reihe von Durchsuchungen im Zuge des Vorsitzenden der russischen Friedensdelegation vorgenommen hat, sondern auch unter den im Zuge Reisenden eine Reihe von Verhaftungen vornahm, darunter **die eines diplomatischen Kuriers mit diplomatischen Akten.** Weiter unternahm die ukrainische Polizei eine **Haussuchung in der Wohnung der Friedensdelegation** und des **russischen Konsulats in Kiew,** wobei eine ganze Reihe von Konsulatsbeamten und von Mitgliedern der diplomatischen Mission verhaftet wurden.

Diesen Ereignissen wird in russischen Regierungskreisen eine überaus ernste Bedeutung beigelegt und die Meinung wird vertreten, daß sie einem **Abbruch der diplomatischen Beziehungen** zwischen Rußland und der Ukraine gleichkomme.

Es wird weiter darauf hingewiesen, daß sich die russische Friedensdelegation erst entschlossen hat, sich nach der Ukraine zu begeben, nachdem **Deutschland** eine formelle und durchaus **offizielle Garantie** für ihre **Sicherheit** gewährt hatte.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Amnestie.

Der Kaiser hat den Reichskanzler und den preußischen Justizminister beauftragt, solche Personen, die vom Reichsgericht oder von preußischen Zivilgerichten einschließlich der außerordentlichen Kriegsgerichte wegen politischer Verbrechen und Vergehen zu Strafen verurteilt sind, insbesondere wegen Straftaten aus Anlaß oder bei Gelegenheit von Streiks, Straßendemonstrationen, Lebensmittelunruhen und ähnlichen Ausschreitungen bestraft sind, im weiten Umfange ihm zur Begnadigung vorzuschlagen.

Ein gleicher Auftrag ist von den deutschen Bundesfürsten und Senaten der Freien Städte wegen der in ihren Gebieten ergangenen gleichartigen Straftaten ergangen.

Der neue Kurs.

Wie wir bereits angekündigt haben, sind die kommandierenden Generale des Stellvertretenden Generalkommandos in Stettin und Münster von ihren Stellungen zurückgetreten. Gegen die Art und Weise, wie von diesen beiden Generalen, dem General v. Vietinghoff-Scheel in Stettin und dem General v. Gayl in Münster, unter dem Belagerungszustand das Vereins- und Versammlungsrecht und die Zensur gehandhabt worden sind, ist im Reichstag wiederholt scharfer Protest erhoben worden. General v. Vietinghoff-Scheel schenkte seine besondere Gunst der Deutschen Vaterlandspartei. Er gestattete ihre Versammlungen, während die Versammlungen der Fortschrittler und Sozialdemokraten, z. B. eine vom Abgeordneten Gothein einberufene, verboten wurden. Er hat die ultrakonservative „Pommersche Tagespost" in Stettin u. a. Herrn v. Bethmann-Hollweg des „Hochverrats" beschuldigen lassen und ist erst auf Einwirkung von Berlin aus dagegen vorgegangen,

während er die nichtannexionistische Presse wegen ganz geringfügiger Zensurvergehen drakonisch verfolgte. Die Landarbeiterfrage glaubte er einseitig im Interesse der pommerschen Großagrarier „lösen" zu sollen, und die Wanderarbeiter waren in seinem Korpsbereich vollkommen rechtslos. Gegen den General v. Gayl wurden dieselben Beschwerden vorgebracht. Natürlich sind diese beiden Herren keineswegs die einzigen, die unter dem Belagerungszustand ohne Machtbefugnisse mit absolutistischer Willkür ausnützten, bemerkt dazu das „Berliner Tageblatt".

Der neue Kurs

macht sich nun auch in Elsaß-Lothringen bemerkbar. Der bisherige Statthalter v. Dallwitz, ein Träger des alten Kurses, ist gegangen worden. An seine Stelle tritt der Straßburger Bürgermeister Dr. Schwander, der bekanntlich kurze Zeit Staatssekretär im Reiche war. Der reichsländische Abg. Hauß übernimmt den Posten des Staatssekretärs in Elsaß-Lothringen.

Von der neuen Regierung.

Wie wir hören, scheidet Unterstaatssekretär Dr. August Müller aus dem Kriegsernährungsamt aus. An seine Stelle tritt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Robert Schmidt, der sich schon bisher im Ernährungsbeirat des Reichstages betätigt hat. August Müller tritt als Unterstaatssekretär in das Reichswirtschaftsamt über, für das zuerst Robert Schmidt vorgesehen war.

Die „Tägl. Rundschau" meldet: Aus Anlaß der Umgestaltung der Reichsregierung hatte der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes, v. Waldow, dem Reichskanzler sein Entlassungsgesuch eingereicht. Dem Vernehmen nach hat sich der Staatssekretär auf Ersuchen des Reichskanzlers bereit erklärt, im Amte zu verbleiben. — Wir würden das Verbleiben Waldows im Amte bedauern. Unter seiner Leitung ist ausschließlich Produzenten- und keineswegs Konsumenten-Politik betrieben worden.

Wie das Korrespondenzblatt der Generalkommission der freien Gewerkschaften mitteilt, hat die letzte Vorständekonferenz den Reichstagsabgeordneten Staatssekretär Bauer, den Leiter des neuen Reichsarbeitsamtes, für die Dauer seiner Reichsstellung von seiner Anstellung in der Generalkommission entbunden; der Rücktritt in die bisherige Stellung wird ihm offen gehalten. Bauer bleibt auch fernerhin Mitglied der Generalkommission und nimmt in dieser Eigenschaft an ihren Sitzungen teil.

Die „Rechte" des Belagerungszustandes.

Einen lehrreichen Beitrag zu der Notwendigkeit der Aufhebung des Belagerungszustandsgesetzes liefert ein Urteil, welches vom Oberlandesgericht in München in der Frage des Zensurverbotes der alldeutschen Wochenschrift „Die Wirklichkeit" gefällt worden ist. In diesem Urteil heißt es unter anderem: „Der Militärbefehlshaber ist berechtigt, jeden bestehenden Rechtszustand zu ändern und Verbote zu erlassen, die gesetzlich gewährleistete Befugnisse aufheben. Ob diese Befugnisse durch Verfassungsgesetz oder durch einfaches Gesetz gewährleistet sind, ist gleichgültig."

Hiernach stehen also die kommandierenden Generäle sogar über der Verfassung.

Tirpitz telegraphiert schon wieder.

Großadmiral v. Tirpitz hat, Blättermeldungen zufolge, dem Landesverein Ostpreußen der Deutschen Vaterlandspartei folgende Drahtung gesandt:

„Dem Landesverein der Deutschen Vaterlandspartei zu Königsberg möchte ich am heutigen Tage wenigstens telegraphisch den Dank aussprechen, daß ostpreußische Männer im vorigen Jahre zur Zeit des Tiefstandes der moralischen Kraft unseres Volkes den Willen zur Selbstbehauptung hochgehalten haben und in diesem Sinne einen vaterländischen Bund im Yorksaale der Ostpreußischen Landschaft gründeten. Unser Bund, der alle Parteirichtungen umfaßt, handelt auch in dieser ernsten Stunde nur konsequent, wenn er jede Rezierung, welche die nationale Verteidigung leitet, in dieser vornehmsten Aufgabe mit allen Kräften unterstützt.

v. Tirpitz, Großadmiral."

Die Deutsche Vaterlandspartei entstand, worauf im Anschluß an dieses neue Tirpitz-Telegramm wieder einmal hingewiesen werden muß, nach dem 19. Juli 1917, dem Tage der Friedensentschließung des Reichstages. Die Deutsche Vaterlandspartei, voran Herr v. Tirpitz, der „U-Boot-Heros", hat im Verlaufe eines Jahres in lärmender und vergiftender Propaganda gegen die „Verzichtsmehrheit des Reichstages" alles getan, um den Friedenswillen Deutschlands vor dem Auslande zu entkräften, und hat immer und immer wieder, in wildem Annexionismus auf eine Verlängerung des Krieges hingearbeitet. Nicht zuletzt der Deutschen Vaterlandspartei und all den unpolitischen Köpfen, die sich von dem Phrasenschwall der Tirpitz, Reventlow, Bacmeister, Fuhrmann, Traub und Genossen haben benebeln lassen, verdankt das deutsche Volk die gegenwärtige Situation.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 14. Oktober.

Die Kranken und der Krieg.

Ist der Krieg schon für gesunde Menschen eine schwere Last, so drückt sein brutales Gepicht ganz unerträglich auf den leidenden Teil der Menschheit. Krankheit ist an sich schon Plage genug und völlig geeignet, den Genuß am Leben zur besseren Hälfte zu kürzen.

Jeder Kranke hat das natürliche Bedürfnis nach besser ausgewählter und eigens für seinen Zustand bereiteter Speise. Das ist aber ein Bedürfnis, dem der Krieg unbedingt feindselig entgegensteht. Unser Vorrat an Lebensmitteln ist roh berechnet und wird auf den einzelnen Magen im Weg der behördlich vorgeschriebenen Ration umgelegt. Unterschiede der persönlichen Neigung und Rücksichten auf die Ansprüche des bei jedem Menschen anders eingestellten Magens gibt es nicht.

Zahllose Beschwerden entspringen diesem Zustand. Die organischen Forderungen wollen befriedigt sein und kümmern sich keinen Deut um die 38 000 bisher ergangenen Vorschriften über die menschliche Ernährung im Kriege. Dem Zwang der staatlich geregelten Lebensweise stellt sich ein Zwang des natürlichen Körperrechtes entgegen, der viel stärker und auch viel besser begründet ist, als die meisten Erlasse unserer neumalweisen Bureaukratie. Der Mensch muß essen und der kranke Mensch muß besonders essen. Daran ändern alle Paragraphen der Welt nichts.

Es ist für die menschliche Natur recht bezeichnend, daß sie immer nach dem bequemsten Zustand strebt. Deshalb sind heute viele Menschen krank, denen eigentlich gar nichts fehlt als — ihr gewohntes Essen. Die Aerzte können darüber jeden Tag Erfahrungen sammeln und ist einer unter ihnen, der etwas von dem großen Spötter Moliere hat, so wird die Komödie vom „eingebildeten Kranken" unsere Zeit hoffentlich bald schreiben.

Dieses Heer eingebildeter Kranker schadet den wirklichen Kranken in kaum zu übertreibender Weise. Das einfachste menschliche Fühlen sträubt sich dagegen, einem Kranken vorzuenthalten oder gar wegzunehmen, was zur Besserung seines Zustandes notwendig ist. Aber was hat das einfachste menschliche Fühlen in einer Welt zu suchen, die seit vier Jahren diesen Krieg führt?

Zu welchen Formen wird sich dieser Kampf um den Futternapf erst entwickeln, wenn die Scharen Kranker daran teilnehmen, die heute noch im Heere versorgt werden?

Hier öffnet sich ein Abgrund, den beizeiten zu überbrücken eine sehr ernste Aufgabe der nächsten Zeit ist.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 14. Oktober. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Vorstöße des Gegners gegen die Kanalfront, beiderseits von Douai, wurden abgewiesen. Der Feind, der vorübergehend in Aubigny-au-Bac eindrang, wurde im Gegenstoß wieder hinausgeworfen. Nördlich von Cambrai sind stärkere englische Angriffe zwischen Bohain und Hospres gescheitert. Südlich von Solesmes säuberten wir ein aus den letzten Kämpfen noch verbliebenes englisches Nest.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich der Oise wurden erneute Angriffe der Franzosen bei und südlich von Aisonville abgewiesen. Nördlich von Laon und an der Aisne stehen wir in unseren neuen Stellungen. Die erfolgreichen Kämpfe der letzten Tage am Chemin-des-Dames und in den Stellungen an der Suippe, vor denen der Feind in fast täglich wiederholtem vergeblichem Ansturm schwere Verluste erlitt, haben hier ebenso wie auf dem Schlachtfelde in der Champagne die glatte Durchführung der Bewegungen ermöglicht.

Heeresgruppe Gallwitz.

Beiderseits der Maas keine größeren Kampfhandlungen. In erfolgreichen Angriffsunternehmungen nahmen wir kleinere, nach Abschluß der Kämpfe des 12. Oktobers noch vom Feinde besetzte alte Stellungsteile wieder.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Die fleischlosen Wochen.

Da das Ergebnis der letzten Viehzählung gezeigt hat, daß bei stärkeren Eingriffen in den Rindviehbestand, der bis auf weiteres die Last der Fleischversorgung nahezu allein zu tragen haben wird, Gefahr für unsere künftige Fleisch-, Milch- und Fettversorgung bestehen würde, bleibt größte Sparsamkeit im Fleischverbrauch geboten. Die fleischlosen Wochen sollen daher auch für die Monate November, Dezember und Januar beibehalten werden, doch ist mit Rücksicht auf die Weihnachtsfeiertage ihre Zahl auf drei d. h. also je eine im Monat, herabgesetzt worden. Sie entfallen auf die Wochen 18. bis 24. November, 16. bis 22. Dezember und 6. bis 12. Januar. Für rechtzeitige Fleischausgabe für die Weihnachtsfeiertage soll gesorgt werden. Die Zulagen für Kranke und Schwerarbeiter werden auch in den fleischlosen Wochen weiter gewährt.

Die fleischlosen Wochen sind für die Schleichhändler mit Fleisch besonders ertragreich.

Der Bettag des Senates. Amtlich wird bekannt gegeben: Angesichts der schweren Sorgen um das geliebte Vaterland, die in diesen Tagen auf dem deutschen Volke lasten, hat der Senat beschlossen, für den 21. Sonntag nach Trinitatis, den 20. Oktober 1918, einen allgemeinen Bettag anzuordnen. — Mit Singen und mit Beten werden die schweren Leiden und Sorgen des Volkes kaum verscheucht werden. Wie wär's mit der Einführung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung? Dadurch würde das Interesse weiter Kreise an unserem Staatswesen gefördert.

Verbot des Auslandsversandes von Zeitungen und Zeitschriften mit Anzeigen

Am 20. 10. 18 tritt eine Verordnung in Kraft, nach der periodische Druckschriften, also Zeitungen und Zeitschriften, während der ersten 2 Wochen nach dem Erscheinungstage nur ohne Anzeigenteil oder mit völlig unleserlich gemachten Anzeigen zum Auslandsversand zugelassen werden. Es sind bestimmte Ausnahmen, besonders für solche Anzeigen zugelassen, die mindestens 14 Tage vor der Ausgabe der Druckschrift dem stellv. Generalkommando vorgelegt sind. Der Wortlaut der Verordnung kann bei den Zivilbehörden, Handelskammern, Gewerbekammern usw. eingesehen werden.

Warum die Zuckerpreise erhöht werden mußten.

Die Zuckerindustriellen geben im allgemeinen den Agrariern nichts nach, wenn es sich darum handelt, höhere Preise von der Regierung zu verlangen. Aber es ist nicht klug, wenn sie ihre Not in allzu krassen Farben malen, da die Abschlüsse der Gesellschaften meist die Wahrheit an den Tag bringen, zumal man ja nicht alles in Reservefonds, Abschreibungen usw. verstecken kann. Wie „notleidend" die Zuckerindustrie bei den bisherigen Zuckerpreisen gewesen ist, ersieht man aus den für das Betriebsjahr 1917/18 ausgeschütteten Dividenden. Es verteilten Haynau (nach Auffüllung des gesetzlichen Reservefonds, Schaffung einer besonderen Kriegsrücklage und Abschreibung von 4 Konten auf 1 Mark 15 Proz., Neuwerk 21 Proz., Offstein (nach Erhöhung des Aktienkapitals aus dem Reingewinn um 300 000 Mk.) 15 Proz., Fallersleben 10 Proz., Kl. Wanzleben 9 Proz., Froebeln 21 Proz., Wreschen 22 Proz.

Findet sich denn niemand, der angesichts solcher Gewinne dem ewigen Drehen der Preisschraube einmal ein Ende macht?

An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat September beim hiesigen Steueramt ein: Einkommensteuer 158 582,60 Mk., Gewerbesteuer 359 520,76 Mk., Wertzuwachssteuer 22 838,— Mk., Grundsteuer 5 953,51 Mk., Erbschaftssteuer einschl. Erbschaftsabgabe u. Zuschläge zur Reichserbschaftssteuer 6 702,79 Mk., Veräußerungsabgabe 49 449,48 Mk., Stempelabgabe 12 904,50 Mk., Vermögenssteuer 518,13 Mk. zusammen 616 469,80 Mk. gegen 568 194,82 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 48 274,98 Mk. mehr. Vom 1. April bis Ende September gingen insgesamt 6 007 724,42 Mk. ein gegen 4 895 388,80 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Mehreinnahme belief sich demnach auf 1 112 335,62 Mk.

Postkreditbriefe. Auf die Einrichtung der Postkreditbriefe wird von neuem aufmerksam gemacht, die bei Reisen den Zahlungsverkehr wesentlich erleichtern und dem Besitzer ermöglichen, seine Geldmittel bei jeder Postanstalt des Deutschen Reiches in einfachster Weise zu ergänzen. Die Bestellung eines Postkreditbriefes kann unter Einzahlung der Summe, auf die er lauten soll — Höchstbetrag 3000 Mk. —, bei jeder Postanstalt erfolgen. Postscheckkonten überweisen den Betrag von ihrem Postkonto auf ein für sie beim Postscheckamt anzulegendes Postkreditbrief-Konto. Abhebungen bis zu 1000 Mk. an einem Tage sind bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches zulässig. Als Ausweis ist dabei außer dem Postkreditbrief eine Postausweiskarte oder eins der für die Abholung postlagernder Sendungen während des Krieges vorgeschriebenen Ausweispapiere vorzulegen. Die Gebühren sind sehr mäßig, außer der Zahlkartengebühr sind 50 Pfg. für die Ausfertigung und 10 Pfg. für jede Rückzahlung bis 100 Mk., 5 Pfg. mehr für je 100 Mk. bei höheren Beträgen, zu entrichten.

Herbst- und Wintergemüse. Nach Beendigung der Herbstbestellung sind große Zufuhren von Kohl, Rote Beeten und Wurzeln zu erwarten. Es liegt im Interesse der Bevölkerung, stets, sobald reichliches Angebot vorhanden ist, den Bedarf für die Wintermonate einzudecken, zumal später Stockungen in den Zufuhren eintreten können. Wie die Reichsstelle für Gemüse und Obst bereits mitgeteilt hat, ist mit einer regelmäßigen Belieferung von Sauerkraut in diesem Winter nicht zu rechnen, und sollte deshalb jede Haushaltung, die es möglich machen kann, sich ihr Sauerkraut selbst herstellen, da sich dieses auch erheblich billiger stellt, als das von den Fabriken gelieferte Sauerkraut. Alle Gemüsehändler sind bereit, schon jetzt Bestellungen für spätere Lieferungen entgegen zu nehmen.

Wiederverwendete Briefumschläge. Briefumschläge werden wegen der Knappheit und Teurung vielfach wieder verwendet. Insbesondere werden dieselben Umschläge mit der gleichen Adresse noch einmal verschickt. Das Reichspostamt hat jetzt auch erlaubt, gewöhnliche Briefsendungen zu befördern, auf deren Umschlägen die erste Aufschrift durch eine neue ersetzt ist. Die alte Aufschrift muß sorgfältig durchkreuzt oder durchstrichen sein. Die zweite Aufschrift muß deutlich und so eingerichtet werden, daß die Stempelabdrücke, postdienstliche Vermerke und Freimarken nicht beeinträchtigt werden.

Plattdeutsche Rezitationen von Herrn August Voß-Hamburg. Der Ausschuß für Kriegshilfe hatte bekanntlich im Vorjahre einen Unterausschuß eingesetzt, der gute und billige Veranstaltungen auf dem Gebiete guter Musik, Vortragskunst usw. für die Arbeiter veranlaßte. Auch in diesem Jahre werden diese Darbietungen fortgesetzt. Gestern — Sonntag nachmittag — fand der erste Abend statt. Herr Lehrer August Voß-Hamburg rezitierte neuere plattdeutsche Dichter. Und zwar in meisterhafter Form. Jede Vortragsnummer war vorzüglich und fand stürmischen Beifall. Besonders schlug ein die Geschichte des alten Nachtwächters-Jakob und das „Reinmaken" von Fritz Lau. Ebenso die Sachen des Bruders von Gorch Fock, Rudolf Kienau, betitelt „Up'n Bürgerpostenboot" und „Besorgen". Gerade das letztbenannte schilderte in prächtigem Humor die Sorgen unserer Feldgrauen um eine „standesgemäße" Einrichtung. Mit nichts hatten sie angefangen und waren doch zuletzt Besitzer von Stühlen, Tisch, Sessel, Tischdecken und einem neuen Ofen. Alles ohne Geld nur „besorgt." Endlich sei noch der Schlußnummer gedacht, in der Georg Droste in seiner „In'n Schoole" in köstlicher Weise den Eintritt der neuen Abc-Schützen und ihre Erfahrungen mit Lehrer und Schule schildert. Kurzum es war ein sehr genußreicher Vortrag und war nur zu bedauern, daß der Besuch recht zu wünschen ließ. Dieser Vortrag war wert, vor überfülltem Saale gehalten zu werden. Hoffen wir, daß in Zukunft diesen Bestrebungen größere Teilnahme entgegengebracht wird. Die nächste Veranstaltung findet am Sonntag dem 17. November, nachm. 5 Uhr statt und wird Frau Brehling-Wülfken (Sopranvorträge) unter Begleitung von Herrn Professor Hofmeier mitwirken.

Die Lübecker Hansa-Brauerei A.-G. geht in andere Hände über. Die Bank für Brau-Industrie in Berlin hat den größten Teil des 1 300 000 Mark betragenden Aktienkapitals der Hansa-Brauerei von den Vorsitzenden käuflich erworben.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem hiesigen Gesundheitsamt im Monat September in 189 Fällen gemeldet. Davon betrafen 143 Fälle (6 tödlich verlaufen) Diphtherie, 23 (1 tödlich) Scharlach, 9 (4 tödlich) Ruhr, 9 Masern, 3 Typhus, 1 Wochenbettfieber, 1 Wechselfieber.

Die Brennesselsammlung, die uns den so dringend notwendigen Ersatzstoff für die fehlende Baumwolle liefern muß, soll jetzt abgeschlossen werden. Kein brauchbarer Nesselstengel darf verloren gehen; nur so ist Aussicht vorhanden, daß wir mit unserer Spinnfaser durchhalten können. Von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung ist der Ausschuß für Brennesselsammeln beauftragt worden, auch die Einsammlung des wilden Hopfens mit zu übernehmen. Hierfür kommen ausschließlich die Ranken in Frage, und zwar sollen diese in jeder greifbaren Menge gesammelt werden, gleichgültig, ob es sich um größere oder kleinere Bestände handelt; denn auch hier gilt der Grundsatz, daß viele Wenig ein Viel ausmachen. Diese Ranken sowie die jetzt noch geschnittenen Nesseln sind werktäglich von 9—1 und von 3—6 Uhr Schmiedestraße 23 einzuliefern, um von da nach Altona zur Trocknungsanstalt befördert zu werden. Helfe nun noch jeder, im Interesse unseres Vaterlandes so viel wie möglich herbeizuschaffen! Die bisher gesammelten, nun vollständig trockenen, blätterfreien, gebündelten Nesselstengel sind bis zum 31. Oktober ebenfalls nach Schmiedestraße 23 zu senden. Der Preis für diese ist von 28 auf 40 Mk. für 100 Kgr. erhöht! Alle diejenigen, welche Nesseln abzuliefern haben, werden gebeten, dem Obmann der Sammlung, Herrn Otto Kleihömer, Israelsdorf-Waldstraße — Fernsp. 1687 —, das Gewicht der gesammelten trockenen Stengel aufzugeben zum Zweck einer statistischen Aufstellung und Beschaffung der als Prämien gewährten Garnwickel.

Von der Straßenbahn überfahren wurde am Sonnabend vormittag ein etwa dreijähriges Kind. Die Kleine, die anscheinend schwer verletzt war, mußte dem Krankenhause zugeführt werden.

Handelsregister. Am 9. Oktober 1918 ist eingetragen: 1. bei der Firma Aktiengesellschaft für Kartonnagenindustrie in Loschwitz, Zweigniederlassung unter der Firma Fr. Ewers & Co. (Inhaberin Aktiengesellschaft für Kartonnagenindustrie) in Lübeck: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 19. September 1918 ist das Grundkapital um 300000 Mk. erhöht. Die Erhöhung ist durchgeführt. Das Grundkapital beträgt nunmehr vier Millionen achthunderttausend Mark und zerfällt in viertausendachthundert Aktien zu je eintausend Mark. Der Ausgabekurs dieser Aktien beträgt 100 Proz. 2. Die Firma Pustolla u. Cremer, Lübeck. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. Oktober begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Gustav Pustolla, Franz Joseph Cremer, beide Kaufleute in Lübeck.

Volkstümliche Naturkunde. Der seit sechs Jahren hier bestehende Verein für Aquarien- und Terrarienkunde ist in einen „Verein für volkstümliche Naturkunde" umgewandelt worden. In der Jahreshauptversammlung am 11. Oktober sprach Herr Professor Dr. Steyer über „Die Ziele des Vereins und ihre Erreichung." Der Vortragende führte u. a. aus: „Wir leben im Jahrhundert der Herrschaft der Naturwissenschaften, aber die naturwissenschaftlichen Kenntnisse selbst der sogenannten gebildeten Kreise sind heute noch recht gering und das Interesse dafür auch in Lübeck sehr schwach. Der Begriff „Bildung" wird falsch gewertet. Kenntnisse in der Literatur und Kunst sind maßgebend. Man muß irgendeinen modernen Roman gelesen haben, über ein Kunstwerk reden können, um als gebildet zu gelten. Die einfachsten Kenntnisse, z. B. wie das Herz arbeitet, also selbst die für die Gesundheitslehre wichtigen Dinge braucht man nicht zu wissen. Ein ganz falscher Standpunkt! Die Naturwissenschaften spielen noch lange nicht die Rolle, die sie verdienen. Ein Teil der Schuld liegt bei der Schule. Wo ein Lehrer oder eine Lehrerin gezwungen wird, naturwissenschaftlichen Unterricht zu geben, trotzdem sie weder genügende Kenntnisse noch Lust und Liebe zu diesen Fächern haben, kann natürlich nichts geleistet werden. Naturwissenschaftler können nicht gemacht werden, sie werden geboren! Unter Nichtakademikern, oft unter einfachen Arbeitern, findet man hervorragende Spezialisten irgendeines Gebietes. Wo aber wirklich eine eifrige Lehrkraft mit Erfolg wirkte, da schwindet nach der Schulzeit das Interesse, weil die Möglichkeit fehlt, es weiter zu pflegen. Da will unser Verein helfen! Es ist notwendig, naturwissenschaftliche Kenntnisse, naturwissenschaftliche Bildung und die darauf beruhende Weltanschauung hinauszutragen, die Schönheit der Natur sehen zu lehren, Freude an der Natur zu erwecken, denn sie bietet mehr Schönheiten als ein Gemälde, mehr als eine literarische Abhandlung. Nicht umsonst erschallt immer wieder der Ruf: „Zurück zur Natur!" — Der Verein für volkstümliche Naturkunde, durch Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse,

Förderung naturwissenschaftlicher Liebhabereien, Unterstützung der Naturschutzbestrebungen und Erforschung der Heimat. Alle Naturfreunde sind als Mitglieder willkommen! Anmeldungen sind an Herrn Professor Dr. Steyer, Museum am Dom, zu richten. Der Jahresbeitrag beträgt 5 Mark. — Folgende Veranstaltungen sind für die nächste Zeit vorgesehen. Am 25. Oktober Lichtbildervortrag des Herrn Mittelschullehrer E. Schermer: „Ostholsteinische Seen und ihre Erforschung", am 9. November Vortrag des Herrn Chr. Brüning, Hamburg, Schriftleiter der Wochenschrift für Aquarien- und Terrarienkunde: „Das Hochzeitskleid der Fische", am 22. November Lichtbildervortrag des Herrn Professor Dr. Steyer: „Wehr und Waffen im Tier- und Pflanzenreiche". An einem Sonntagvormittag wird Herr Dr. Liese die Mitglieder durch seine physikalische Heilanstalt führen. Gäste sind stets willkommen.

Stadttheater. Am Mittwoch, dem 16. Oktober, findet die erste Aufführung von Hebbels bürgerlichem Trauerspiel „Maria Magdalena" statt. Das Werk ist von Herrn Monato inszeniert. Donnerstag, den 17. Oktober, gelangt als erste Vorstellung der Schauspielgemeinde Ludwig Anzengrubers Bauernkomödie in 3 Akten „Die Kreuzelschreiber" zur Aufführung. Es ist dies eine Meisterkomödie der deutschen Literatur. In dem Werke, das von Friedrich Neubauer in Szene gesetzt wird, ist nahezu das gesamte Schauspielpersonal und der ganze Chor darstellerisch beschäftigt. Freitag, den 18. Oktober, ist die Erstaufführung von Verdis lyrischem Operndrama in vier Akten „Othello", dessen Verse Arrigo Boito geschrieben hat. Die Aufführung dieses Opernwerkes findet in einer Neuinszenierung Paul von Bongardts und unter erstmaliger Mitwirkung des neugegründeten Theatergesangvereins statt. Es wird also mit dem ständigen Chor ein Gesamtchor von 100 Personen in dieser Aufführung mitwirken. Den Othello singt der neuengagierte Heldentenor Wilhelm Wagner, die Desdemona die bereits von der „Tannhäuser"-Aufführung her bekannte Frau Hilde Eberbach. Als musikalischer Leiter der Aufführung wird sich der erste Kapellmeister Karl Mannstaedt vorstellen, der auch im Laufe der Saison mit besonderer Berücksichtigung einer Reihe von aufzuführenden Opernwerken einen Zyklus von Vorträgen halten wird, deren leitender Gedanke ist, das Verhältnis von Stoff und Darstellung in der dramatischen Musik klarzulegen. Der erste Vortrag, der insbesondere den Verdischen „Othello" zum Thema hat, findet am Donnerstag abend 8 Uhr im grünen Saale des Stadttheaters statt.

Leder bleibt Leder! Aus dem Bureau der „Kriegshilfe" wird uns geschrieben: Um in dem herankommenden Winter die Bevölkerung nach Möglichkeit mit Fußzeug zu versorgen, wird der „Ausschuß der Kriegshilfe" nächste Woche wiederum eine Ausgabe von Ersatzstoffen, Holzabsätzen, Schuhnägeln, ledernen und eisernen Sohlenschonern und Schuhgarn stattfinden lassen und werden nur durchweg gute Fabrikate zum Selbstkostenpreise abgegeben. — Vor allem aber ist es dem Ausschuß gelungen, eine größere Menge Lederabfälle von den maßgebenden Kriegsgesellschaften in Berlin freizubekommen, die für Reparaturarbeiten von Fußzeug, Benagelung von Sohlen und dergl. in Frage kommen. Der Lederabfall wird aber nur abgegeben an Käufer von Ersatzsohlen, doch soll jeder solcher Käufer ein ausreichendes Quantum erhalten. Ebenso hat jeder Käufer solcher Ersatzsohlen Anspruch auf eiserne Schuhnägel (Täcke), die im freien Handel nicht mehr zu haben sind. Schuhgarn wird abgegeben soweit der recht beschränkte Vorrat reicht. Der Ausschuß für Kriegshilfe hofft, daß die Bevölkerung von dem günstigen Angebot recht zahlreich Gebrauch macht, und erfolgt die Abgabe an jedermann, ohne daß besondere Legitimationen über die Bedürftigkeit vorgelegt werden brauchen. Ueber die Tage der Abgabe wird Ende nächster Woche noch näheres bekannt gegeben.

Bucheckern an die Kriegs-Brockensammlung. Man schreibt uns: Die außergewöhnlich reiche Bucheckernernte dieses Jahres gibt der Kriegs-Brockensammlung Veranlassung, ihre Mitarbeiter zu bitten, der Sammelstelle Salzspeicher auch Bucheckern zuzuführen. Für 1 Kilo Bucheckern werden 100 Gutscheine vergütet. Später werden den Sammlern 6 Prozent des Gewichtes der eingelieferten Mengen in Oel ausgehändigt.

Schönberg. Im Fahrstuhl eingeklemmt. Der Sohn des hiesigen Mühlenbesitzers Oltmann hatte das Unglück, daß sich der Fahrstuhl, auf dem er sich befand, plötzlich hochschnellte und ihn so festklemmte, daß er aus seiner gefährlichen Lage herausgesägt werden mußte. Da er innerliche Verletzungen davongetragen hatte, mußte er nach Lübeck ins Krankenhaus gebracht werden. — Ausfallende Züge. Wegen Erkrankung des Bahnpersonals fallen bis voraussichtlich Ende dieser Woche mehrere Züge aus, so der Frühzug 6 Uhr 44 Min. von hier nach Lübeck, der Frühzug 6 Uhr 86 Min. von Dassow nach hier, der Vormittagszug 10 Uhr 20 Min. von hier nach Dassow und der Vormittagszug 11 Uhr 42 Min. von Dassow nach hier.

Kiel. Sozialdemokratischer Stadtratskandidat. Der sozialdemokratische Verein Groß-Kiel hat von den für die Wahl eines unbesoldeten Stadtrats präsentierten drei der Arbeiterpartei angehörigen Kandidaten den Stadtverordneten Poller aufgestellt. An seiner Wahl ist nicht zu zweifeln.

Lübtheen. Die Mörder des Gendarmeriewachtmeisters Spangenberg in Lübtheen, die Zigeuner Siegfried Luftenberger und Joseph (Ludwig) Schaffreinski, sind in Anklam verhaftet worden.

Grabow. Ein Unfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich am Mittwoch abend zwischen 6 und 7 Uhr auf der Strecke Werd.-Warnow—Grabow. Dem Güterzuge 6062 war ein Transport junger Marine-Rekruten angehängt. Einer der jungen Leute kletterte in leichtsinniger Weise auf das Dach des in voller Fahrt befindlichen Zuges und schlug mit dem Kopf gegen die Bahnüberführung beim Block Neese. Sofortiger Tod war die Folge.

Oldenburg. Die Einberufung des oldenburgischen Landtages zum 5. November. Der Landtag des Großherzogtums wird nach einer im gestrigen Gesetzblatt bekanntgegebenen Verordnung auf Dienstag den 5. November, mittags 12 Uhr, einberufen.

Für unsere Feldgrauen.

Geheimniskrämerei.

Im Armeeverordnungsblatt weist das Kriegsministerium darauf hin, daß die Gutachten der Zivilbehörden in Urlaubs- und Reklamationsangelegenheiten streng geheim zu behandeln sind und unter keinen Umständen den Mannschaften oder deren Angehörigen bekanntgegeben werden dürfen. Zuwiderhandlungen sind zu bestrafen.

Diese Verfügung deckt auch eine Quelle unendlich vieler Verärgerungen auf. Gesuche um besonderen Urlaub oder in Reklamationssachen gehen zur Begutachtung an die heimatliche Polizeibehörde. Die Polizei gilt nun nicht immer und überall als die Repräsentantin lauterster Objektivität, und so manches berechtigte Gesuch dürfte schon abgelehnt worden sein, weil die Polizei sich ungünstig über den Gesuchsteller geäußert hat. Deshalb müßte man eigentlich gerade das umgekehrte Verfahren einschlagen, nämlich dem Gesuchsteller bei Ablehnung seines Gesuches die Angaben der Polizei vorlegen, damit er Unrichtigkeiten richtigstellen kann. Dieses Verfahren hätte den Vorzug, die Polizei bei Erstattung von Gutachten zu äußerster Vorsicht zu mahnen.

Dienstbeschädigung als Folge von Freiheitsstrafen.

Der Krieg hat es mit sich gebracht, daß eine Menge Soldaten mit Freiheitsstrafen belegt worden sind. Diese Strafen werden zum Teil nicht in Gefängnissen, sondern in Strafabteilungen vollstreckt. Wenn dabei die Gesundheit eines Gefangenen Schaden leidet, dann kann Dienstbeschädigung angenommen werden. Das Kriegsministerium hat dazu in einem Erlaß vom 11. April 1918 folgende Richtlinien festgestellt:

Die Dienstbeschädigungsfrage ist zu bejahen, wenn die betreffende Gesundheitsstörung erlitten ist

1. infolge einer als Strafe oder während der Verbüßung einer solchen ausgeführten militärischen Dienstverrichtung (Strafexerzieren, Strafwache usw., Appell, Exerzieren, Turnen usw.),
2. infolge der besonderen Eigenart einer militärischen Strafe (z. B. mittlerer Arrest, strenger Arrest),
3. infolge unschuldig verbüßter oder unvorschriftsmäßig vollstreckter Strafen,
4. infolge sonstiger bei der Strafverbüßung vorliegender, dem Militärdienst eigentümlicher Verhältnisse.

Gesundheitsstörungen, die lediglich durch eine Freiheitsstrafe herbeigeführt werden, deren Vollstreckung sich von der zivilen Strafvollstreckung nicht unterscheidet, können nicht als Dienstbeschädigung anerkannt werden.

Die Einstellung in eine Strafabteilung bedeutet nämlich auf alle Fälle eine Art der Strafvollstreckung, die sich von der zivilen ganz wesentlich unterscheidet.

Unbefugte Kennzeichnung Streikender.

Aus Anlaß des Berliner Streiks im Frühjahr 1918 sind alle noch im wehrpflichtigen Alter stehende Leute, die in diesen Betrieben tätig waren, einfach zum Militär eingezogen worden. Die Sozialdemokraten haben dagegen im Reichstag stürmisch protestiert, leider zunächst ohne Erfolg. Die Eingezogenen erhielten auf ihren Papieren den Vermerk, daß sie die Bedingungen ihrer Reklamation nicht erfüllt hätten, vielfach ist auf den Papieren weiter bemerkt worden: „Darf nicht mehr reklamiert werden", und ein weiteres gemeinsames Kennzeichen war der Vermerk B 18. Das war so ziemlich die schlimmste Kennzeichnung, die vorgenommen werden konnte. Soweit die Leute „k. v." waren, kamen sie sofort an die Front, die anderen stecken heute noch in den Kasernen, schieben Wachen, schälen Kartoffeln, und das in einer Zeit, in der man Facharbeiter so nötig braucht wie das tägliche Brot. Den Mannschaften, die den ominösen Vermerk B 18 haben, verweigert man nicht nur den Urlaub, man läßt ihnen auch sonst merken, daß sie besonders gekennzeichnete Leute sind. Abg. Stücklen ist nun mit dem Kriegsamt dieser Dinge halber in Verbindung getreten und hat sich warm der Interessen der von diesen Maßnahmen betroffenen Leute angenommen. Bei dieser Gelegenheit wurde festgestellt, daß die Bezeichnung B 18 längst hätte gestrichen werden müssen. Diese Anordnung des Kriegsamtes ist einfach nicht überall befolgt worden. Die aus Anlaß des Streiks eingezogenen Leute dürfen nicht deshalb im Urlaub zurückgesetzt werden, und Gesuche um neuerliche Reklamation sollen in jedem einzelnen Falle wohlwollend geprüft werden. Es kann deshalb den in Frage kommenden Leuten nur empfohlen werden, eingehend begründete Reklamationsgesuche einzureichen. Es ist aber erwünscht, von dem Resultat dieser Gesuche stets dem Abg. Stücklen, Berlin, Reichstag, Mitteilung zu machen. Zweifellos haben sich wieder einmal untergeordnete Organe übergriffe erlaubt, denen energisch entgegengetreten werden muß.

Neueste Nachrichten.

Die Türkei will den Kaukasus räumen.

Basel, 13. Oktober. Wie die Radiostation der Sowjetagentur in Kiew meldet, hat sich die Türkei bereit erklärt, den Kaukasus zu räumen.

Briefkasten.

2 Streitende. Ein Minister „ohne Portefeuille" hat kein Fach- oder Ressortministerium, gehört aber dem Ministerrat an.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Den Heldentod starb am 3. Okt. der Landsturmmann
Friedr. Kleinfeldt.
im Westen. (5021
In tiefer Trauer
G. Kleinfeldt sen. u. Frau.
M. Kleinfeldt Ww. u. Tocht.
H. Kleinfeldt und Frau.
G. Kleinfeldt jun. u. Frau.
Otto Kleinfeldt, zurz. i. Laz.
Louise Kleinfeldt.
Martha Kleinfeldt.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Zahlstelle Lübeck.
Nachruf.
Am Mittwoch, 9. Oktober, starb unser Mitglied, die Kollegin (5026
Alwine Kofler.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 17. Oktbr., nachmittags 1¾ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.
5026 Die Ortsverwaltung.

Seinem Urlaub entgegensehend, traf uns statt dessen die tieftraurige Nachricht, daß unser lieber hoffnungsvoller Sohn, unser herzensguter Bruder
Karl
Fahrer in einem Feld-Art.-Regt., im Westen im blühenden Alter von 21 Jahren dem mörderischen Kriege zum Opfer gefallen ist.
In tiefstem Schmerz die schwergeprüften Eltern
August Freese, zurzeit im Felde, und Frau Elisabeth geb. Jacobsen.
Hans und Grete Freese.
Stockelsdorf. (5017
Trennung, o wie schwer bist du!

Reisende, auch Damen,
sofort gesucht. (5012
J. Petersen sen.,
Flensburg. Fernruf 1077.

Zuverl. ordentl. **Zeitungsfrau gef.**
5023) Wegweiser, Marlesgr. 75.

Gef. schulentlass. kinderliebes Mädchen z. Beaufsichtigung von 2 Kindern für vorm. - Meldung 6—8 U. abds. Feldstr. 15, III. (5027

Tischler
werden dauernd eingestellt von (5014
Flugzeugbau Friedrichshafen,
G. m. b. H., Werft Warnemünde.

Tüchtige
Sortiererin
gesucht. (5028
Lissauer,
Kleiner Schrangen 8.

1 kompl. Fenster, 0.80×1.40 m, zu kaufen gesucht. (5015
Schröder, Hundestr. 62, I.

Suppenkraut
zu verkaufen. (5024
Vorwerk, Bogenstr. 5 a, I.

Kleiner Blockwagen zu verk.
5020) Kerckringstr. 30, I.

Zu kaufen gesucht (5010
Haushaltslumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Waisenhofstr. 25.
Telephon 2430.

Gefunden Freitag abend am Bahnhof ein Portemonnaie mit Inhalt. Abzuh. abends n. 6 Uhr.
5022) Warendorpstr. 66, part.

Karbid-Lampen
wieder vorrätig. (5018
Meier, Arnimstr. 12 a.

Die Schleiferei von
Oldorf
befindet sich jetzt:
Hüxstr. 50.
Fernsprecher 1251. (5019

Uhren-Reparaturen.
Billige Preise. (5011
Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Hermann Voß,
Uhrmacher,
Breite Strasse 54 und Hüxstr. 71.

Friedens-Aufbau Gesund werden, satt essen im Eigenheim. Jeder Familie ein Eigenheim durch Verein „Heimkultur", Wiesbaden 123. Satzungen u. Drucksachen geg. Rückporto, Heimstättenbuch v. Dir. Abigt für M. 2.40

Neueintragung der Fleischkarten
in die Kundenliste nimmt entgegen 5025
Fr. Westphal, Schlachterei,
20 Klappenstrasse 20.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Hansa-Theater.
Montag abend 7 Uhr:
Drei alte Schachteln.
Operette von Walter Kollo.
Dienstag:
Die Csardasfürstin.
Mittwoch: (5029
Die Csardasfürstin.

Stadttheater Lübeck.
Spielzeit 1918/19.
5016
Montag, den 14. Oktober
I. Symphoniekonzert.
Anfang 7½ Uhr.
Dienstag, den 15. Oktober
Carmen.
Oper in 4 Akten von Bizet.
Anfang 7 Uhr.
3. Vorstellung im Dienstag-Abonnement.
Mittwoch, den 16. Oktober
Maria Magdalena.
Bürg. Trauerspiel von Hebbel.
Anfang 7 Uhr
3. Vorstellung im Mittwoch-Abonnement.

Die langen Winterabende kommen, und stärker als sonst meldet sich das Bedürfnis nach guter Lektüre. Wer für diese Zeit vorsorgen will, der bestelle zum 1. Oktober die illustrierte Wochenschrift „In Freien Stunden". — Es beginnt ein neuer Roman:
Der Schneider von Ulm von Max Eyth. Mit Bildern von Professor J. Damberger. — Es ist die prächtige Geschichte des Ulmer Schneiders Berblinger, der eine Lösung des Flugproblems versuchte, ein Vorläufer der modernen Flugzeugerfinder. Packende Seelenmalerei, erquickender Humor zeichnen dies Werk aus. Charakteristische Frauengestalten beleben den Roman, der zu den schönsten Erzeugnissen der volkstümlichen Literatur gehört und besonders auch der reiferen Jugend empfohlen werden kann. —
„In Freien Stunden" erscheinen wöchentlich für 20 Pf. und bringen außer dem Hauptroman in jedem Heft eine zweite Erzählung, Skizze oder Humoreske, ferner interessante Aufsätze, Notizen und Bilder aus allen Wissensgebieten, Ratschläge für Haus und Küche, Rätsel, Scherz und Satire.

Unterzeichneter bestellt:
In Freien Stunden
Heft 1 und folgende
(in jeder Woche 1 Heft für 20 Pf.)
Name: _____
Ort: _____
Straße: _____
Der Bestellzettel ist an unsere Expedition einzusenden!

Nr. 241
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Montag, den 14. Oktober 1918

Wer spricht von Schmach?

Auf der letzten Versammlung der Vaterlandspartei sagte der Vorsitzende Dr. Schiele: „Man hat uns einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen versprochen. Wenn er anders wird und Hindenburg dazu ja sagt, dann wollen wir sehen, wie die deutschen Fahnen heimkehren." Gegen diese nichtswürdige Herabsetzung des Volkes in Waffen, das seit mehr als vier Jahren den schwersten Kampf kämpft, kann kein Widerspruch scharf genug sein. Unsere Volksgenossen im feldgrauen Rock werden in Ehren zurückkehren, wie nur je eine Armee in Ehren zurückgekehrt ist. Nie hätte man geglaubt, daß ein Volk solches zu leisten imstande wäre! Wenn der Kampf zu Ende ist, werden auch die Feinde zugeben, daß sich das deutsche Volk glänzend geschlagen hat.

Wenn alle Tapferkeit und aller Opfermut die ungeheure Ueberzahl der Gegner nicht völlig auszugleichen vermag, so gehört schon Hirn und Herz eines alldeutschen Mannes dazu, höhnisch zu erklären, wir wollten sehen, wie die deutschen Fahnen heimkehren würden! Wenn das deutsche Volk in einen Kampf gegen die ganze Welt verwickelt wurde, in einen Kampf, in dem seine zahlenmäßige Unterlegenheit von vornherein feststand, wer hat dazu gejubelt? Wenn durch die Ankunft eines amerikanischen Millionenheeres mit ungeheurem technischen Apparat ein Umschwung in der allgemeinen Kriegslage herbeigeführt wurde, wer hatte das bewirkt? Wer hat uns versichert, daß die amerikanische Kriegsdrohung nur ein Bluff, ein echt amerikanischer Riesenhumbug sei, daß Amerika kein Schiff und keinen Mann nach Frankreich bringen wolle und bringen könne? Wer hat über die tatsächlichen Vorgänge stets einen Schleier des rosenroten Optimismus gebreitet, dessen Zerreißen allen, die der Massensuggestion des Siegesrausches unterlegen waren, ein fürchterliches Erwachen bereiten mußte? Wer hat die Absicht der deutschen Sozialdemokratie, den Ostfrieden zu einem demokratischen Versöhnungsfrieden zu machen, mit Worten wahnsinnigen Siegerübermutes verspottet und im Vertrage von Brest der Entente ein Beispiel dafür gegeben, wie ein Stärkerer einen Schwächeren behandelt?

Die „Deutsche Zeitung" sagt nach Kenntnisnahme jener halbamtlichen Note, die in Wilsons Rückfragen kein Hindernis für die Fortsetzung des Friedensschrittes erblickt, auf die Bedingungen Wilsons könne sich nur ein Volk einlassen, „das auf seine Ehre verzichtet, das, jeder Scham bar, jede Schande auf sich nehmen will". Wenn der Führer der Vaterlandspartei die Armee herabsetzt, so beschimpft das Zentralorgan des alldeutschen Verbandes das ganze deutsche Volk. Es weiß schon, wie die neue deutsche Regierung, die Volksregierung, zu den Bedingungen Wilsons steht, und sagt doch, daß nur ein Volk, bar jeder Scham, diese Bedingungen annehmen kann. Also vernimm es, deutsches Volk, daß du nach dem Urteil der Alldeutschen auf deine Ehre verzichtet hast, daß du jeder Scham bar bist, daß du jede Schande auf dich nehmen willst!

Das deutsche Volk könnte nun freilich darauf erwidern: Wäre es wahr, was nur eine alldeutsche Lüge ist, daß wir auf unsere Ehre verzichten, jede Schande auf uns nehmen müssen, wer wäre es denn, der uns in diese Lage gebracht hat? Hütet euch vor Anklagen! Hier heißt es nicht nur: „Wer sich schuldlos fühlt, hebe den ersten Stein auf." Wer schuldig ist und sich so schuldig weiß, wie sich die Gesellschaft der alldeutschen Kriegshetzer wissen muß, und dann noch den Mut hat, Steine auf das deutsche Volk zu schleudern, der hat offenbar auch den letzten Rest von Verstand verloren! Wir haben fürwahr den ehrlichen Wunsch, innere Kämpfe in dieser schweren Zeit zu vermeiden, möge man sie nicht von anderer Seite freventlich heraufbeschwören! Verschieben wir die notwendige Abrechnung auf den Zeitpunkt, zu dem wir sie uns ohne schwere Gefahr für das Volksganze erlauben können. Geduld, ihr Herren, die Stunde wird euch noch früh genug kommen!

Es regt sich in der Vaterlandspartei. Es regt sich der Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden. Fehlt nur noch der Bund für die rasche Niederkämpfung Englands! Der Unabhängige Ausschuß erläßt einen Aufruf unter der Ueberschrift: „Es brennt!", der mit den Worten beginnt: „Deutsches Volk, wache auf. Rette dein Haus—! Schon schlägt die Flamme hinein." Seltsam, denselben Ruf erhoben wir Sozialdemokraten, vielleicht etwas weniger pathetisch, schon am 4. August, und wir haben ihn seitdem immer und immer wiederholt. Der Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden hat aber vier Jahre und zwei Monate gebraucht, um zu begreifen, daß die Flamme ins Haus schlägt und Rettung nötig ist. Leute, die früher solche besorgte Auffassungen vertraten, wurden vom Unabhängigen Ausschuß und seinen Gesinnungsgenossen als Flaumacher und Miesmacher verhöhnt und als Defaitisten denunziert. Von einer Flamme, die ins deutsche Haus hineinschlug, merkten sie damals nichts, sondern sie freuten sich über den Brand fremder Städte und prophezeiten, daß aus den Trichtern einer von Granaten zerwühlten Erde herrliche Ernte für uns aufgehen würde. Jetzt auf einmal begreift man, daß die Sache ganz anders liegt. Was war doch der „deutsche Frieden", für den diese Leute eintraten? Er bedeutete die Unterwerfung der halben Welt durch das deutsche Schwert. Und jetzt auf einmal heißt es: „Rette dein Haus!", schwärmt der Vorsitzende der Vaterlandspartei für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen, droht er dem deutschen Heer mit Schande, wenn es diesen Frieden nicht heimzubringen vermöchte!

Wie lange ist es doch her, als wir von derselben Seite die stolzen Worte vernahmen, Deutschland brauche keinen Scheidemannfrieden, es brauche einen Hindenburgfrieden. Scheidemannfrieden, das war „Schmachfrieden", „Verzichtfrieden", „Hungerfrieden". Und jetzt auf einmal beschwört der Führer der Vaterlandspartei die Armee, sie möchte doch wenigstens diesen Scheidemannfrieden, den Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen, nach Hause bringen!

Die Männer der neuen Regierung werden alles tun, um einen Frieden zu schaffen, der diesen stark herabgeschraubten Forderungen ihrer inneren Gegner entspricht. Den Scheidemannfrieden, den die Alldeutschen einst als Verrat am deutschen Volke bekämpften und auf den sie sich jetzt, plötzlich sehend geworden, heruntergeeinigt haben, den Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen, der das deutsche Reich wiederherstellt, wie es vor dem Kriege gewesen ist, den wollen auch sie. Die Mittel, ihn zu erreichen, sind früher, rechtzeitig genug, gezeigt worden, und wenn sie nicht angewendet wurden, so tragen die Schuld daran wiederum jene Leute, die von Schmach und Schande schreien, weil die Regierung die Konsequenzen aus einer Lage zieht, in die sie selbst das deutsche Volk gebracht haben. Diese Leute sind nicht imstande, wenn sie auch guten Willens sein sollten, dem deutschen Volke seine schwere Aufgabe zu erleichtern. Wenn sie jetzt von der „nationalen Verteidigung" sprechen, der sich anzuschließen sie großmütig genug sein wollen, falls sie noch einmal nötig wäre, so ist ihnen zu erwidern, daß das, was sie in schwungvollen Worten ankündigen, nichts als ihre verfluchte Pflicht und Schuldigkeit ist. Hätten diese Leute nur ein wenig Gefühl für ihre Lage, so würden sie sich schweigend in Reih und Glied stellen. Von ihrer Maulaufreißerei hat aber das deutsche Volk genug und übergenug, und es verbittet sich, daß die gute Sache seiner Verteidigung, die von jenen Worthelden aufs schwerste geschädigt wurde, durch bombastischen Redeschwung kompromittiert wird. Sollte es wider alle Hoffnung so kommen, daß der Höllentanz noch einmal beginnen muß, dann wird das Volk die Zähne zusammenbeißen und sein Letztes tun. Heute aber setzt das Volk alles mit seiner Würde und Zukunft Vereinbare daran, den Greueln der Menschenschlächterei ein Ende zu bereiten. Es wird sich dabei nicht von denen, die ihm nur Schande gebracht haben, darüber belehren lassen, was seine Ehre erheischt!

Die Abänderung der Reichsverfassung.

Amtlich wird mitgeteilt:

„Am 8. Oktober 1918 hat, wie schon kurz gemeldet, der Bundesrat beschlossen, dem Entwurf eines Gesetzes zuzustimmen, das mit der vor einigen Tagen eingeleiteten Parlamentarisierung im engsten Zusammenhange steht. Danach soll zunächst Artikel 21 Absatz 2 der Reichsverfassung aufgehoben werden, der bestimmt, daß Mitglieder des Reichstages ihren Sitz verlieren, wenn sie ein besoldetes Reichs- oder Staatsamt annehmen. Dann soll im Gesetz über die Stellvertretung des Reichskanzlers vom 17. März 1878 der zweite Satz wegfallen, wonach außer dem allgemeinen Stellvertreter nur die Vorstände der obersten Reichsbehörden für den Umfang ihres Geschäftskreises zu Stellvertretern des Kanzlers ernannt werden dürfen. Endlich soll dem ersten Paragraphen desselben Gesetzes von 1878 der Satz zugefügt werden: „Die Stellvertreter des Reichskanzlers müssen im Reichstag auf Verlangen jederzeit gehört werden."

Die dem Entwurfe beigegebene amtliche

Begründung

lautet folgendermaßen:

Durch Erlaß vom 30. September hat der Kaiser seinen Willen dahin kundgetan, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeitet und daher Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfang an den Rechten und Pflichten der Regierung teilnehmen. Die kaiserliche Botschaft sieht damit eine engere Verbindung zwischen Reichsleitung und Reichstag vor, die nur hergestellt werden kann, wenn Mitglieder des Reichstages zugleich der Reichsleitung angehören. Daher wird Artikel 21 Absatz 2 der Reichsverfassung geändert werden müssen, wonach Mitglieder des Reichstages ihren Sitz verlieren, wenn sie ein Reichs- oder Staatsamt annehmen. Diese Vorschrift ist als Schutz gedacht gegen einen etwaigen Mißbrauch der Aemterhoheit zum Nachteil für die Unabhängigkeit der Volksvertretung. Der Gedanke, der einer vergangenen Zeit entstammt, wird jetzt vielfach als veraltet und überflüssig angesehen. Den Absichten der kaiserlichen Botschaft würde allerdings Genüge geschehen, wenn die Bestimmung bestehen bliebe und lediglich eine Ausnahme für den Eintritt von Reichstagsmitgliedern in die Reichsleitung gemacht würde. Es empfiehlt sich aber die gänzliche Aufhebung der Vorschrift, weil sie im Zusammenhang mit dem Gesetz über die Zusammensetzung des Reichstages und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen vom 24. August 1918 insofern zu unerwünschten Ergebnissen führt, als die in Verhältniswahlkreisen gewählten Mitglieder des Reichstages, die durch die Annahme eines Reichs- oder Staatsamts ihren Sitz im Reichstage verlieren, nicht die Möglichkeit haben, ihn in ihrem bisherigen Wahlkreise wiederzuerlangen, da nach § 15 des angeführten Gesetzes beim Ausscheiden eines in einem Verhältniswahlkreise gewählten Abgeordneten der nächstberechtigte Bewerber ohne Ersatzwahl an seine Stelle tritt.

Nach § 2 Satz 2 des Gesetzes über die Stellvertretung des Reichskanzlers vom 17. März 1878 können außer dem allgemeinen Stellvertreter nur die Vorstände der obersten Reichsbehörden für den Umfang ihres Geschäftskreises zu Stellvertretern des Reichskanzlers ernannt werden. Die Zahl der obersten Reichsbehörden ist eine beschränkte. Daher wird der gesetzliche Rahmen für die Stellvertretung des Reichskanzlers zu erweitern sein, damit die Möglichkeit geschaffen wird, Stellvertreter des Reichskanzlers zu bestellen, die nicht Vorstände einer obersten Reichsbehörde sind. Die einschränkende Bestimmung im § 2 Satz 2 des Stellvertretungsgesetzes, die hiernach aufzuheben sein wird, ist geschaffen worden, als sich die Aemterorganisation des Reiches noch in ihren Anfängen befand, und ist für die bisherige Entwickelung richtunggebend gewesen. Sie wird jetzt entbehrt werden können; denn wie bisher werden auch in Zukunft Aemter für Stellvertreter des Reichskanzlers nur auf Grund des Reichshaushalts, also unter Mitwirkung von Bundesrat und Reichstag, geschaffen werden können, und die Vertretungsbefugnisse der verschiedenen vom Kaiser zu ernennenden Stellvertreter werden, soweit hierfür nicht der Reichshaushaltsplan maßgebend ist, durch Anordnungen des Kaisers oder Reichskanzlers gegeneinander abzugrenzen sein.

Mit einer Streichung des § 2 Satz 2 des Stellvertretungsgesetzes verlieren im § 1 dieses Gesetzes die Worte „nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen" ihre Bedeutung und sind daher zu streichen.

Die verantwortlichen Mitglieder der Reichsleitung sind bisher stets Mitglieder des Bundesrats gewesen. Das entspricht bezüglich des Reichskanzlers dem Arti-

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

24. Fortsetzung.

Nach halbstündiger Fahrt verließ der Wagen die Straße und fuhr über eine Holzbrücke nach rechts. Die ersten Häuser des Dorfes tauchten auf, weiter hinten der schmale Turm einer Kirche. „Seeboden", sagte der Kutscher, „und dort drüben ist der See!"

Die Straße verließ das Dorf, wurde schmal und holperig und schlängelte sich nun das Seeufer entlang. Das Wasser des Sees war zart gewellt und schimmerte in einem opalisierenden Grün. Auch am jenseitigen Ufer sah man einen schmalen Weg. Das weiße Segel eines Bootes hob sich ruhig über das Wasser, von einem linden Wind sanft gebläht. Sonst war kein Leben wahrzunehmen. Die Millstätter Saison hatte noch nicht begonnen.

Und plötzlich lag vor Reisners Augen das kleine Millstatt. Die roten Zwiebeltürme seiner uralten Klosterkirche drückten ihm den Charakter auf. Die Häuser waren an das Seeufer angepappt, krochen dann mühsam links die Hänge hinauf und äugten, glücklich oben angelangt, voll Zufriedenheit durch das Laub alter Bäume in das Tal hinab.

Der Kutscher hieb kräftiger in die Pferde ein und hielt dann, die Tiere mit einer bravourösen Bewegung zurückreißend, vor einem in modernem Stil erbauten Gebäude jäh an. „Gnädiger Herr, der Seehof!" sagte er.

Während Reisner den Kutscher entlohnte, wackelte ein schläfriger Hausdiener die breite Freitreppe herab, um überrascht nachzusehen, wer kam.

Man sah es dem Hotel an, daß es noch unbesetzt war. An nahezu allen Fenstern waren die grünen Rolläden herabgelassen.

Reisner hielt es diesmal nicht für angebracht, sich sogleich nach denen, die er verfolgte, zu erkundigen. In der Halle wurde er von einem jungen Stubenmädchen und dem Wirt empfangen. Er bestellte für sich und seinen Diener drei Zimmer. Der Wirt geleitete ihn selbst hinauf, war sehr geschmeidig und wies ihm einen Salon mit angrenzendem Schlafgemach an. Es sei das beste, was er habe.

Die Zimmer waren in der Tat prächtig. Der Salon hatte nach der Seeseite einen Balkon, der sehr geräumig und mit Blumen und Efeu geschmückt war. Der See lag schlank und geschmeidig in seinem Bett und seine Farbe schien mit einem Male tiefblau. In der Ferne stiegen kahl und schroff die Felsen des Karawanken auf, deren Schnee einen leis violetten Ton hatten.

Reisner ging in den Garten hinunter, und ein junger Kellner deckte ihm den Tisch. Die Speisekarte wies nur wenige Gerichte auf.

„Wir haben um diese Zeit noch keine Gäste," entschuldigte sich der Kellner. „Das Hotel wird offiziell erst am ersten Juni geöffnet."

„Gar keine Gäste?" fragte Reisner enttäuscht.

„Doch, zwei."

„Ein Ehepaar?" fragte Reisner.

„Nein," antwortete harmlos der Kellner, der den Sinn der Frage nicht verstand, „die Dame ist aus Hamburg und der Herr ist aus Wien."

Es war unschwer zu erkennen, daß er gern noch mehr geschwätzt hätte, doch Reisner winkte ab, da er sein Interesse an den beiden nicht vorzeitig verraten wollte. Es war ihm genug, daß er noch erfuhr, die Herrschaften hätten einen gemeinsamen Ausflug auf eine nahe Alm hinauf gemacht.

Er verzehrte, was ihm der Kellner brachte, und schlenderte sodann planlos durch das Städtchen, ging an den See hinunter, warf sich auf eine Bank und starrte über das Wasser hin, dessen Wellen unruhig das Ufer anliefen.

Seine Gedanken, plötzlich zur Ruhe gekommen, waren seltsam schwer und düster. Sie richteten sich auf einen einzigen Punkt, der vor seinen Augen dichter, breiter und dunkler wurde, bis er sich schließlich zu einer finsteren Wolke zusammenballte, die drohend den sonnigen Himmel verdeckte.

Behrens . . . .

Reisner verspürte einen eisigen Schauer.

Jener Mann saß nun im Gefängnis und wartete, legte einen Tag zum anderen, fügte die Tage zu Wochen, die Wochen zu Monaten [illegible] die Monate zu Jahren und mußte doch noch zehn Jahre warten [illegible] der Tag anbrach, an dem sich seine Wünsche erfüllten [illegible]

Ein [illegible] Reisner, das ihn schüttelte und würgte, mit solch[illegible] sich die Augen reiben mußte, um wach zu werden, [illegible] daß er in sonniger, milder Gegend, in schrankenlo[illegible] war.

Gut, auch die zehn Jahre würden vergehen, — einmal, ja, würden sie um sein, — und eines Tages, gewiß, würden sich jenem Manne die Tore des Gefängnisses öffnen . . .

Aber würde dann der, der die Kraft gehabt hatte, so lange zu warten, nicht ein alter Mann sein, verbraucht, müde und innerlich zerbrochen?

Reisner stöhnte laut auf, denn er spürte in dem, was er selbst erlebt hatte, einen Teil dessen, was, nur schauriger und trostloser, jener andere erduldete.

Und eine blinde Wut, ein tödlicher Haß stiegen in ihm auf gegen die, die es vergessen hatte, wer um sie litt, und es schien ihm mit einem Male, daß er ein Recht hätte, sie, wenn sie nur aufmuckte, zu erschlagen.

Wie dumm war jener Alte in Meran, der da glaubte, er, Reisner, sei nur sein Werkzeug!

Was wußte dieser Schwachkopf davon, wie stark der Haß in einem Menschen werden konnte, dem man durch Jahre die Fesseln knirschender Ohnmacht angelegt hatte!

Was war ihm geschehen? Eine Frau hatte ihn betrogen . . . Was lag daran? Frauen waren billig und man hatte genug Gelegenheit, sich an ihnen zu rächen. Aber von einer Frau verraten werden und dabei zur Ohnmacht verdammt zu sein, — hatte er dieses erduldet? Nein!

Reisner ging mit hastigen Schritten das Seeufer ab. Die Wellen bellten ihn an. Bellt nur, dachte er, ich fürchte mich nicht, ich tue doch das, was ich wünsche! In mir ist eine Kraft, die nicht überwunden werden kann: die des Hasses!

Reisner schlug, ohne aufzusehen, den Weg zurück nach dem Seehof ein.

Ein kleines Mädchen, das spielend mitten auf der Straße saß, hätte er beinahe getreten. Es schrie auf und kroch furchtsam auf die Seite. Reisner merkte es gar nicht.

Leute blickten ihn verwundert nach, von dem Drohenden in seinem Antlitz sonderbar berührt. Ein Mann grüßte ihn, doch Reisner dankte ihm nicht, da er seinen Gruß nicht hörte.

Da schlug plötzlich ein helles Lachen an sein Ohr.

Noch immer sah er nicht auf, denn er hatte den merkwürdigen Gedanken, daß dieses Lachen aus jenem finsteren Traum käme, den er träumte.

Allein das Lachen wiederholte sich, und so hob er, wie erschreckt den Kopf.

Er stand vor der Freitreppe des Seehofes.

Auf den mittleren Stufen aber hatten drei Menschen eine kleine Gruppe gebildet: eine Dame in einem hellen Kleid, mit einem blaßgrünen Seidenschal um den Schultern, ein junger Mann, der seinen Panamahut in der Hand hielt, und der Wirt.

Reisner regte sich nicht, ihm war, als habe sein Herz aufgehört zu schlagen: die junge Dame, in deren vollem rotblondem Haar die Sonne ein goldenes Feuer angezündet hatte, wandte ihm das Gesicht zu und betrachtete ihn schon eine Weile auf eine Art, [illegible] doch über ihn hinweg oder durch ihn hindurch zu sehen schien.

Und auch der junge Mann war aufmerksam auf ihn geworden. Reisner sah sein harmloses, hübsches Jünglingsgesicht, in dem ein Paar lebhafter Augen fröhlich lachten. Er konnte kaum älter als zweiundzwanzig Jahre sein.

Reisner nahm all seine Willenskraft zusammen. Die Entschlüsse jagten sich in ihm, sie kamen und er verwarf sie. Was tue ich, fragte er sich, wie soll ich mich benehmen? Plötzlich brachte er es fertig, zu lächeln und höflich den Hut zu lüften. Nur ganz leicht war sein Gesicht noch verzerrt.

(Fortsetzung folgt.)

tel 15 der Reichsverfassung, bezüglich seiner Stellvertreter einer ständigen Uebung, die schon um deswillen nötig war, weil die Stellvertreter des Reichskanzlers nach Artikel 9 Satz 1 der Reichsverfassung nur in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Bundesrats jederzeit das Wort ergreifen dürfen. Dieser Uebung steht bezüglich der Stellvertreter des Reichskanzlers, die in Zukunft Mitglieder des Reichstages sein werden, der zweite Satz der eben erwähnten Verfassungsvorschrift entgegen, wonach niemand gleichzeitig Mitglied des Bunderats und des Reichstages sein kann. Eine **Aufhebung** dieser Bestimmung **kommt nicht in Frage**, weil dadurch ein für den Aufbau des Reichs wesentlicher Grundsatz im Artikel 5 der Reichsverfassung verwischt werden würde, wonach Bundesrat und Reichstag sich als die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches unabhängig voneinander und gleichberechtigt gegenüberstehen.

*

Der Artikel 21, Absatz 2 der Reichsverfassung ist aus dem demokratischen Empfinden einer Zeit entstanden, da die Regierung in einem schroffen Gegensatz zu den Parteien der Linken stand. Man wollte durch diesen Artikel, wonach Mitglieder des Reichstages ihren Sitz verlieren, wenn sie ein besoldetes Reichs- oder Staatsamt annehmen, verhüten, daß die Regierung Abgeordnete durch Uebertragung von Aemtern „gewinnen" oder „belohnen" könnte. Nach der Parlamentarisierung, da Parlamentsmehrheit und Regierung lediglich zwei verschiedene Ausdrucksformen für ein und denselben politischen Willen sind, ist diese „Vorsichtsmaßregel" gegenstandslos geworden. Die Aufhebung des letzten Satzes von Artikel 9, der einem Parlamentarier die gleichzeitige Zugehörigkeit zum Bundesrate untersagt, hat man durch ein Kompromiß unnötig zu machen versucht. Das Gesetz über die Stellvertretung des Reichskanzlers vom 17. März 1878 soll dahin abgeändert werden, daß die Stellvertreter des Reichskanzlers im Reichstage jederzeit gehört werden müssen, auch wenn sie, wie man hinzufügen muß, nicht Mitglieder des Bundesrates sind. Das ist nur ein recht dürftiges Kompromiß. Die Staatssekretäre ohne Portefeuille werden damit zwar Sprechminister, haben aber keinen unmittelbaren Einfluß auf die Entscheidungen des Bundesrats. Nun ist es allerdings richtig, daß die Mitglieder des Bundesrates lediglich als Vertreter der Einzelstaaten und gemäß den Instruktionen ihrer Regierungen geschlossen (nach dem Votum des „Stimmführers") abstimmen. Für reine Reichsminister ist also nach diesem System in dieser Körperschaft kein Platz. Selbst der Reichskanzler fungiert hier, auch wenn er nach der Reichsverfassung dem Bundesrate als Präsident angehören muß, doch formell nur als preußischer Minister des Auswärtigen. Wenn man den neuen Staatssekretären ohne Portefeuille aber einen wirklichen, durch die Abgabe ihrer Stimmen zum Ausdruck kommenden Einfluß auf die Beschlüsse des Bundesrats geben will, dann wird man sie zu preußischen Staatsministern ernennen müssen. In dem preußischen Staatsministerium haben sie dann bei der Festlegung des preußischen Votums in den verschiedenen Reichsfragen die Möglichkeit, ihre Ansichten nicht bloß theoretisch zu begründen, sondern auch praktisch durch die Abgabe ihres Stimmzettels zu vertreten. Da schon seit jehr eine Reihe von Beamtenstaatssekretären in dieser Weise zu preußischen Ministern ohne Portefeuille ernannt worden ist, so liegt keine Veranlassung vor, gegenüber den parlamentarischen Staatsministern mit dieser Gepflogenheit zu brechen. Daran, daß zufällig einige dieser Herren nicht Preußen sind, kann man diese notwendige Forderung nicht scheitern lassen.

Im übrigen kann es sich bei diesen Reformvorschlägen nur um einen Anfang in der dringend erforderlichen Reformierung der Reichsverfassung handeln. Der Verfassungsausschuß des Reichstages, der auf Ansuchen des Grafen Hertling im vergangenen Jahre seine Arbeit abgebrochen hat, wird sie wieder aufnehmen müssen und vor allem den Artikel 11 revidieren müssen. Danach hat der Kaiser als der Präsident des deutschen Bundes „im Namen des Reiches Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen". Es braucht eigentlich heute kaum mehr darauf hingewiesen zu werden, daß künftig zu alledem die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich sein wird.

Amtlicher Schleichhandel.

Zu den amtlichen Stellen, die in obrigkeitlicher Eigenschaft den Kampf gegen Hamsterei und Schleichhandel zu führen haben, gehört auch die Bezirksstelle für Gemüse und Obst für den Regierungsbezirk Potsdam. Aber während sie öffentlich den Kampf mit der einer preußischen Behörde wohl anstehenden Würde und Schneidigkeit führt, hegt sie insgeheim ein fühlendes Herz im bureaukratischen Busen und hat so viel Verständnis für menschliche Schwächen, daß sie sogar dem Hamster- und Schleichhandelsbedürfnis gewisser Leute förderlich und dienstlich ist. Die „Brandenburger Zeitung" ist in der Lage, ein umfangreiches Schriftstück zu veröffentlichen, in welchem die genannte Bezirksstelle unterm 12. September 1918 einen Kaufmann Rettig in Perleberg ersucht, eine größere Anzahl Obstlieferungen an elf Adressen auszuführen. Unter diesen befinden sich: Amtsrichter Mayer-Nowawes, Regierungsrat v. Rantzau-Potsdam, Generaldirektor Max Düsing-Grunewald, Herr Nathan-Nowawes und andere, von denen jeder mit mehreren Zentnern Pflaumen, Aepfeln, Birnen beglückt werden soll. Zum Schluß des mit offiziellem amtlichen Vordruck versehenen Schreibens heißt es:

Auf die Lieferungen an Herrn Regierungsrat von Rantzau, die Herren Dr. Mayer und Nathan bitte ich besondere Sorgfalt verwenden zu wollen, damit die Herren in erster Linie zufriedengestellt werden.

Weiter bitte ich Sie, mit den Tafel- und Edelobstlieferungen an die Gemeinde Nowawes alsbald zu beginnen. Die Lieferungen sollen an folgende Adresse auslaufen:

Gemeindevorstand Nowawes
nach Bestimmungsstation Potsdam, Ladestrang Nowawes.

Es handelt sich also zunächst um eine Ueberweisung von 1000 Zentner, die Sie durch das besondere Rechnungsbuch verrechnen wollen. Mit Herrn Nathan, das ist der Höchstkommandierende von Nowawes, habe ich das übrige besprochen. Wenn Sie es wünschen, leistet die Gemeinde Nowawes auch eine entsprechende größere Anzahlung. Gegebenenfalls wollen Sie dieserhalb an den Gemeindevorstand schreiben.

Mit besten Empfehlungen auch an Ihre Frau Gemahlin
Ihr sehr ergebener
O. K. . . . . .
(Name unleserlich.)

Zu der erfreulichen Wahrnehmung, daß es danach mit der diesjährigen nördlichen Obsternte doch nicht ganz so schlecht bestellt sein kann, wie die Obrigkeit uns einzureden sucht, gesellt sich das beruhigende Gefühl, nun wenigstens zu wissen, wo die Pflaumen, Aepfel und Birnen bleiben, die wir diesen Herbst nicht bekommen sollen.

Der Siegeszug des Großkapitals im Kriege.

Die Veränderungen, die der Krieg in unserer Industrie hervorgerufen hat, sind in genauen Feststellungen noch nicht gefaßt. Es liegen über diese wichtige Frage nur Teilresultate vor, die aber schon einen Einblick in die aufgehenden Umwälzungen gestatten, die der Weltkrieg auf diesem Gebiete hervorgerufen hat. Wesentliche Aufhellungen gibt in der letzten Nummer der „Neuen Zeit" Emil Riesser auf Grund des kürzlich herausgekommenen Jahresberichts der sächsischen Gewerbeaufsicht. Eine genaue Einsicht in die Kriegswirkungen der angegebenen Richtung ermöglichte dieser Bericht dadurch, daß im Königreich Sachsen im Gegensatz zu anderen Bundesstaaten die alljährlich am 1. Mai üblichen Zählungen der Betriebe und der darin beschäftigten Arbeiter auch in der Kriegszeit vorgenommen worden sind. Allerdings ermöglichen die Zählungsergebnisse, da sie sich nur auf die Zahl der Arbeiter und Betriebe in den einzelnen Kriegsjahren erstrecken, eingehende Untersuchungen nicht, doch gestatten sie immerhin einen gewissen Ueberblick über den Umfang der Verschiebungen in Sachsen, wo bekanntlich die Industrie stärker vorherrscht als in den meisten übrigen Einzelstaaten. Neben den Bergwerken, einigen Schmelzhütten und Hammerwerken wie den Steinbrüchen, die zusammen nur 6,6 Proz. aller Arbeiter beschäftigten, finden wir in Sachsen fast nur Fertigwarenindustrien, unter denen das Textilgewerbe, der Maschinenbau und die Metallverwertung die weitaus bedeutendsten sind.

Den Zahlen nach, die den Stand der Industrie in den Jahren 1914 bis 1917 veranschaulichen, hat der Krieg in Sachsens Wirtschaftsleben geradezu einen Niederbruch herbeigeführt. Von den 35 837 revisionspflichtigen Betrieben, die einschließlich der Bergwerke im Jahre 1914 bei der Zählung ermittelt worden sind, waren 1917 nur noch 24 671 übrig. Es sind also nicht weniger als 11 166 oder 31,1 Prozent zum Erliegen gekommen oder stillgelegt worden, während sich in demselben Zeitraum die beschäftigten Arbeiter von 851 642 auf 647 566, mithin nur um 204 076 oder 23,9 Prozent vermindert hatten. Die Feststellung, daß sich die Zahl der Fabriken um 31,1 Prozent, die aller Arbeiter aber nur um 23,9 Prozent vermindert hat, läßt schon erkennen, daß die Betriebe, die den Kriegsstürmen getrotzt und ihre Existenz behauptet haben, in den ersten drei Kriegsjahren ihre Arbeiterzahl vermehrt und offenbar auch ihr Betriebs- und Anlagekapital gesteigert haben. Im Durchschnitt entfielen auf einen revisionspflichtigen Betrieb im Jahre 1914 im ganzen Lande 23,7 Arbeiter, 1917 aber 28. Die Verschiebung ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die stillgelegten Werkstätten vorwiegend Kleinbetriebe waren, andererseits aber auch die an den Kriegslieferungen beteiligten Fabriken ihre Betriebsstätten wesentlich erweitert haben.

Im Metallgewerbe ging die Arbeiterzahl im ganzen nicht nur nicht zurück, sie vermehrte sich sogar um 8 Proz., während sich die Betriebe zugleich um 17 Prozent verminderten; die auf einen Betrieb im Durchschnitt entfallende Arbeiterzahl betrug hier 1914 36,3, 1917 aber 51,7. In der chemischen Industrie haben sich [illegible] die Betriebe von 280 auf 246 vermindert, die [illegible]zahl aber ist von 9648 auf 16 449 angewachsen. Hier hat sich sonach die auf einen Betrieb entfallende durchschnittliche Arbeiterbelegschaft fast verdoppelt, denn 1914 entfielen nur 34 Arbeiter auf einen Betrieb, 1917 aber 67.

In der früheren Hauptindustrie des Landes, dem Textilgewerbe, hat hingegen der Krieg äußerst verheerend gewirkt. Schon im ersten Kriegsjahr ging die Zahl der Fabriken von 6409 auf 3825 zurück, doch ergab die Zählung vom 1. Mai 1915 eine Zunahme der auf einen Betrieb im Durchschnitt entfallenden Arbeiterzahl von 33,5 auf 42,5. In 1917 war jedoch die Betriebszahl bereits auf 2382 und die durchschnittliche Belegschaft auf 29,2 Arbeiter zurückgegangen.

Aus den mitgeteilten Feststellungen ergibt sich, daß namentlich in den mit Kriegslieferungen beglückten Betrieben ein kräftiger Aufstieg der Großbetriebe stattgefunden hat, der mit einer erheblichen Vermehrung des Betriebskapitals verbunden ist. Tatsächlich bezeugen denn auch die Berichte der sächsischen Fabrikinspektion, daß die Anhäufung des Kapitals in den Händen der Großindustriellen in der Kriegszeit rapide Fortschritte gemacht hat.

Die höheren Schulen und die unteren Volksschichten.

Von den Gegnern der Einheitsschulbewegung wird nicht selten darauf hingewiesen, daß den Kindern aus den unteren Volksschichten schon heute die höheren Schulen keineswegs verschlossen seien; an Schulgelderlaß und Schulgeldermäßigung, an Freistellen und Freitischen sei kein Mangel, und tatsächlich fänden schon heute zahlreiche arme Kinder den Weg zur höheren Schule und durch sie in die Berufe mit höherer Bildung. Nun soll natürlich nicht geleugnet werden, daß sich diese Behauptung durch Tatsachen belegen läßt; es sitzen tatsächlich in unseren höheren Schulen auch Kinder aus dem Kleingewerbe und Kleinhandel und aus den Kreisen der kleinen Beamten. Kinder aus rein proletarischen Schichten aber — und auf diese zahlreichste Schicht kommt es doch schließlich mit an — sind jedoch nur außerordentlich schwach vertreten. Wer die Zahlen, die sich für die Schüler aus den unteren Volksschichten in den Schülerbeständen unserer höheren Schulen ergeben, an der Zusammensetzung der Bevölkerung prüft, wird finden, daß der Anteil der Kinder aus den unteren unvermögenden Kreisen in der Tat verschwindend gering ist. Gewiß, die höheren Schulen wollen angeblich keine Schulen ausschließlich für die höheren und begüterten Volkskreise sein; das hohe Schulgeld aber, und was sonst an Kosten aus dem Besuch der höheren Schule erwächst, alles dies führt dazu, daß sie es mehr und mehr werden. Das Quellgebiet, aus dem ihre Schüler heute kommen, liegt in der Ober- und Mittelschicht unseres Volkes.

Hier eine Aenderung herbeizuführen, ist eines der Ziele der deutschen Einheitsschule. Unter Beseitigung der Vorschulen und unter Aufhebung der Unterschiede, die vielfach zwischen den Volksschulen desselben Ortes nach dem Schulgelde bestehen, sollen die schulpflichtigen Kinder alle zunächst einer Schule, der gemeinsamen Grundschule, zugeführt werden und dort gemeinsam den ersten Unterricht empfangen. Hier sollen sie gegenseitig ihre Kräfte messen, und denen, die dann die notwendige Begabung aufweisen, soll der Weg zur höheren Schule geöffnet werden. Man sollte meinen, auch die höhere Schule sollte mit diesem Ziele der Einheitsschulbewegung ganz einverstanden sein. Die Abgangsziffern der höheren Schulen zeigen, daß die Begabung durchaus nicht bei allen Schülern zu einem glatten Durchlaufen der Klassen ausreicht. Tausende haben sie schon verlassen müssen, ohne bis an das erstrebte Ziel gelangt zu sein, und von denen, die sich mühsam, sich und ihren Mitschülern und Lehrern zur Last, bis zum Ziele hindurchgequält haben, spricht die Abgangsstatistik nicht. Für viele von ihnen, die nur durch die Geldmittel ihrer Eltern in dieser Weise durchhalten bis ans Ende, wird dann kein Platz mehr sein, mancher aber, der wohl die Begabung, aber nicht die Mittel hat, wird dann seinen Weg durch die höhere Schule machen. Dem Staate kann damit nur gedient sein. Die Zukunft unseres Volkes verlangt es, daß jede Kraft und nicht zum wenigsten die aus den ärmeren Schichten, an die Stelle gebracht wird, für die sie nach Art und Umfang geeignet ist.

Aus Nah und Fern.

Freie Bahn den tüchtigen — Männern! In Stralsund, so berichtet die „Preußische Lehrerzeitung", gab es in der mit dem Oberlyzeum verbundenen Uebungsschule eine Schülerin, der das Lehrerkollegium wegen ihrer Tüchtigkeit den Besuch der Mittelschule gern gegönnt hätte. Da die Eltern mittellos sind, stellte die Lehrerschaft bei der Schuldeputation den Antrag, der Schülerin eine Freischule für die Mittelschule zu gewähren. Die Schuldeputation antwortete wörtlich:

„Schuldeputation lehnt es ab, dem Antrag zu entsprechen, da sie den Standpunkt vertritt, daß die Bestrebungen, den Tüchtigen freie Bahn zu schaffen, vornehmlich der männlichen Jugend zugute kommen sollen."

Nun ja, nun wissen wir es wenigstens: die freie Bahn soll nur den tüchtigen Männern geschaffen werden. So dekretiert die Schuldeputation in Stralsund; aber wir glauben, bevor nicht noch in Preußen allerlei Zöpfe abgeschnitten sind, wird es wohl auch anderswo noch nicht viel besser gehen.

Steigen der Grippe-Erkrankungen. Die Grippe-Erkrankungen in Posen mehren sich dauernd. In verschiedenen Stadtteilen gibt es ganze Straßenzüge, die verseucht sind. Die Gefahr wird vielfach unterschätzt, und an den Folgeerscheinungen, Lungen-, Rippenfellentzündung usw., sterben viele der zunächst Leichterkrankten. Während in der Woche vom 22. bis 28. v. M. 12 Todesfälle gemeldet wurden, steigerte sich diese Zahl in der letzten Woche auf 26 und beträgt in dieser Woche bereits 33. Auch im Regierungsbezirk Posen haben die Grippe-Erkrankungen bedenklich zugenommen. Im Kreise Obornik sind allein über 1000 Personen erkrankt. Infolge des starken immer weiter auftretenden Ausdehnens der Grippe in ganz Nordböhmen, die täglich viele Todesopfer fordert, wurden in den meisten Städten, darunter auch in Reichenberg, die Schulen geschlossen. Aus München-Gladbach wird gemeldet: Infolge Zunahme der Grippe traten hier Störungen im Straßenbahnbetriebe ein. In den Schulklassen fehlt vielfach wegen Zunahme der Grippe-Erkrankungen über die Hälfte der Schüler. In Hannover hat die Grippe in den letzten Tagen viele Opfer gefordert. Sie hat die bürgerliche Bevölkerung und auch Militärpersonen ergriffen. Auch die Bühnenkünstlerschaft ist stark in Mitleidenschaft gezogen, sodaß die Theater mit der Besetzung der Stücke zu kämpfen haben. Die Sängerin Dodo Gronau, die sehr beliebt war, ist daran gestorben. Wie aus Breslau gemeldet wird, nimmt die Grippe-Epidemie einen bösartigen Charakter an. Bei der Breslauer Ortskrankenkasse werden täglich rund tausend Neuerkrankungen angemeldet. Eine größere Anzahl der Krankheitsfälle ist bereits tödlich verlaufen.

Börsenkrach im Schleichhandel. So oft die Mittelmächte einen Friedensschritt unternommen, schreibt ein Mitarbeiter des „Neuen Wiener Journal", hat sich noch jedesmal die Wirkung dieses Ereignisses im Getriebe der Winkelbörsen gezeigt, die ja bekanntlich die Ausgangspunkte des Schleichhandels bilden. Wie weit sich die Wirkung erstreckt, geht aus Telegrammen hervor, die aus Warschau, Krakau und Lemberg vorliegen. Man kann erfreulicherweise einen ausgesprochenen Krach auf den Winkelbörsen der Schleichhandelszentren feststellen. Versteckte Lebensmittel, an deren Vorhandensein in so großen Quantitäten man kaum noch gedacht hätte, kommen plötzlich massenweise wieder zum Vorschein und eine plötzliche Rückbewegung der Preise macht sich geltend, die die Verwirklichung der schönsten Preisabbautheorien kaum hätte zu zeitigen vermocht. Schokolade und Kaffee, Käse und Sardinen, Tee, Rum, Dauerwurst, Mehl, ja selbst Reis werden jetzt in weit größeren Mengen als bisher im Schleichhandel angeboten. Die Preisüberbietung in den gewissen Kaffeehäusern, denen das Kriegswucheramt seine besondere Aufmerksamkeit schenken mußte, hat jäh aufgehört und gar mancher Schleichhändler, der die als selten geltenden Waren in einem polizeisicheren Versteck verwahrt hatte, trachtet jetzt, mit ganz geringem Gewinn seine Ware an den Mann zu bringen. Recht empfindlich macht sich der Winkelbörsenkrach in den Schleichhandelslokalen Wiens geltend. Hier ist vor allem ein Preissturz bei Seidenstoffen zu verzeichnen, die jetzt sogar mit einer Preisverminderung von 30 bis 40 Kronen per Meter angeboten werden. Selbst Zwirn und Schuhe, die zu den seltensten und teuersten Artikeln gehören, haben einen merklichen Preissturz erfahren. Bei uns in Deutschland merkt man vom Zurückgehen der Preise nichts. Wir sind eben auf allen Gebieten die „besseren Organisatoren."

Der Krieg als Abendunterhaltung. Im Septemberheft des „Deutschen Willen" (Kunstwart) lesen wir: „Ein elegantes Kino in Berlin W. Die Vorstellung beginnt. Süßliche Musik. Komisches Drama. Die übliche Spannung und Entspannung. Erheiternder Schluß. Der Vorhang wird zugezogen. 2½ Minuten Pause. Der Vorhang teilt sich wieder. Ein behagliches Lachen liegt noch über den Zuschauern. Neue Buchstaben flimmern auf: Die große Schlacht im Westen. Amtlicher Film des Bild- und Filmamtes. Freilich, die süßliche Musik schweigt jetzt. Und freilich: wir sehen unsre Brüder und Söhne nicht fallen; aber vorgehend zur Front ziehen sie wie das leibhaftige Leben an uns vorüber, dem Tode entgegen. Geschütze werden unter unsäglichen Mühen in Stellung gebracht. Unsere Soldaten führen endlose Züge verwundeter und unverwundeter Gefangener aus der Schlacht zurück. Granaten schlagen ein . . . Der Vorhang schließt sich. Es durchschauert uns, wie wir schauend teilhaftig werden an dem großen Geschehen. Und vor dem inneren Blick steigen nun die Bilder auf, die ungesehen zwischen den abgerollten spielen . . . . Wieder 2½ Minuten Pause. Die süßliche Musik setzt wieder ein. Ein neuer komischer Film leuchtet an der Leinwand auf. Diesmal ist es Zeichnung, äußerst geschickt ausgeführt, die den Anreiz auf die Lachmuskeln übernimmt. . . . . Wenn mir in den ersten Augusttagen 1914 jemand gesagt hätte, daß man, während gleichzeitig die Unsern draußen bluten, ihre Taten im lebenden Wandelbild in dieser Zusammenstellung in der Hauptstadt des Deutschen Reiches an uns vorüberziehen lassen würde — ich weiß nicht, was ich ihm geantwortet hätte. Aber noch heute meine ich, man könnte ebensogut die amtlichen Kriegsberichte in einem Witzblatte veröffentlichen."

Ein türkischer Brotskandal. Die türkischen Zeitungen setzen ihren Kampf gegen die Brotverschlechterer eifrig fort. Das Weizika-Brot, das das Ernährungsministerium liefert, ist zurzeit sehr schlecht. U. a. enthält es viel Häcksel, von dem man ursprünglich glaubte, daß er auf die mangelhafte Einrichtung der Landmühlen zurückzuführen sei. Jetzt hat man aber herausgefunden, daß der Häcksel in Konstantinopel dem Mehle beigemischt wird. Auch andere Stoffe werden ihm beigemischt. Die Mehlhändler zeigen beim Verkauf ihres Mehles an das Ministerium eine Probe vor, liefern aber viel schlechteres Mehl, weil die übernehmenden Beamten beide Augen schließen.

Eisenbahn-Unglück in Rumänien. Am Sonnabend abend entgleiste südwestlich von Craiova infolge Dammunterspülung durch einen wolkenbruchartigen Gewitterregen der D-Zug 2 Bukarest-Budapest, nachdem erst eine halbe Stunde vorher ein anderer Zug die Stelle ungefährdet befahren hatte. Einige Wagen fingen Feuer, eine Anzahl Personen kamen um, mehrere andere wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Zusammenstoß zweier Truppentransportdampfer. Der bewaffnete Hilfskreuzer „Otranto" (12 124 Brutto-Register-Tonnen) ist am 6. Oktober mit dem Dampfer „Casjmir" zusammengestoßen. Beide Schiffe hatten amerikanische Truppen an Bord. Die „Otranto" ist vollkommen vernichtet worden. Von den 335 amerikanischen Truppen werden 12 Offiziere und 85 Mann vermißt. Die „Casjmir" erreichte einen schottischen Hafen und setzte ihre Truppen ohne Verluste an Land. Während des Zusammenstoßes herrschte sehr schlechtes Wetter. Die beiden Schiffe trieben aus dem Kurs und verloren sich aus den Augen. Der Torpedojäger „Mursey" wurde drahtlos angerufen. Es gelang ihm, 27 Offiziere und 239 Mann von den 300 amerikanischen Truppen und 30 französische Matrosen aufzufischen und sie in einem nordirischen Hafen an Land zu setzen. 16 Ueberlebende der „Otranto" sind auf der Insel Islay gelandet.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer [illegible]
Sämtlich in Lübeck.